

# Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlag: Einzelnummer 25 Pfg. Durch den Postweg 1,00 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 1,10 Mk. für die Woche, 6,20 Mk. für den Monat. Spedition: Verlag v. G. u. P. G. Göttingen. Druck: Ring Nr. 2027.

Sonnabend, den 14. Mai 1921

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Zeilenzeile über sechs Zeilen 0,80 Mk., darunter 0,60 Mk. für die 2. und 3. Spalte. 2-spaltige Zeilenzeile 0,40 Mk., darunter 0,30 Mk. für die 2. und 3. Spalte. Die 3-spaltige Zeilenzeile über sechs Zeilen 1,- Mk.

## Weißer Gardien gegen die ober-schlesischen Arbeiter

Langsam, aber immer sicherer erkennbar, klären sich die Dinge in Oberschlesien. Von verschiedenen Seiten und aus verschiedenen Quellen wird übereinstimmend das bevorstehende und teilweise schon ins Werk gesetzte Eingreifen deutscher Truppenverbände in den ober-schlesischen Kampf gemeldet. Dadurch verändert sich das verfallene Bild der Lage, das alszuolsten deutschen Arbeitern unter dem Einfluß der bürgerlichen und menschenwürdigen Tagespresse noch glaubwürdig schien. Die Illusion zerfällt, als handele es sich um nichts als einen fahlen Ueberfall der kriegslisternen Polen auf die friedliebende, arbeitslose, nichtsahnende deutsche Bourgeoisie. Die Auslösung des ober-schlesischen Kampfes erfolgte allerdings von Seiten der polnischen Nationalisten, die sich mit großem Geschick die proletarische Lohnbewegung der ober-schlesischen Grubenarbeiter für ihre imperialistischen Zwecke dienstbar machten. Aber übertrifft und bestürzt ist die deutsche Bourgeoisie nicht. Mit Sehnsucht haben die Ludendorff und Eicherich auf den Losbruch des ober-schlesischen Aufstandes gelaunert. Mit Ungeduld haben sie den Augenblick erwartet, in dem sie endlich ihre Waffenlager leeren und ihre Droeschmannen losschicken lassen können. Alles haben sie vorbereitet — das zeigen die Enthüllungen der letzten Tage, das zeigen die Dokumente des Reichswehrministeriums. Der illegale Machtapparat der deutschen Gegenrevolution funktioniert, mag er Selbstschutz, Ortswehr oder Schlesienshilfe heißen. Mehr als das. Die Eicherichs haben den legalen Machthabern der deutschen Republik gewinkt und diese haben gehorcht. Was sollte Dr. Götler, der demokratische Kriegsminister, anderes tun als gehorchen, wenn die Konterrevolution winkt!

Götlers Offiziere geben die Befehle zum Einmarsch der Reichswehr. Sie bereiten Mordanschläge auf Korfanty vor. Sie befehlen, in ostgewohnter Art, „gegebenenfalls von der Waffe Gebrauch zu machen“. Der bewaffnete Konflikt mit Polen rückt immer näher. Das Schwert der Gegenrevolution reicht vom Rhein bis zur Oder. Wie es im März auf das Haupt der deutschen Proletariat in Mitteldeutschland niedersauste, so soll es jetzt die ober-schlesischen Arbeiter treffen. Sein Schicksal wird beantwortet werden mit dem Schläge Blüchters und Le Ronds, Polens und Frankreichs und all diese Schläge werden auf den Rücken der Arbeiter niedersinken. Müssen diese sich nicht wehren, der Kampf ihrer Todfeinde preisgeben, so müssen sie sich belächeln können. Der beste Schutz ist die Bewaffnung der Arbeiterschaft und die Enttarnung des Feindes, der noch im Aufmarsch begriffen ist. Die Arbeiter im Reich dürfen keinen Truppentransport nach Oberschlesien durchlassen. Sie müssen die Orgel entmannen, um die ober-schlesischen Arbeiter vor ihrem Ueberfall zu schützen. Die ober-schlesischen Arbeiter müssen die bürgerlichen Formationen mehrlosmachen, wenn sie ihnen mit der Waffe entgegentreten, im bewaffneten Kampf.

Während die deutschen Kommunisten sicherhaft ihre militärischen Vorkahrungen treffen, bleibt ihre getreue Maad, die Gewerkschaftsbürokratie nicht müßig. Sie hat von Korfanty gelernt. Die deutschsprachigen Arbeiter, notleidend und abdrückt, wie ihre polnischen Klassenbrüder, sind im Kreis Oppeln und anderen Bezirken in den Generalstreik getreten. Die Gewerkschaftsführer heken nun zum Demonstrationstreik gegen Polen und Frankreich, um die ober-schlesischen Massen kommunistisch gegeneinander aufzuwecken. Deutsche Proletariat gegen polnische Proletariat im offenen Kampf zu sehen, das ist ihr höchstes Streben. Die geeinigten ober-schlesischen Proletariat im offenen Kampf gegen die deutsche und polnische Bourgeoisie zu sehen, das ist ihre größte Befürchtung.

Aber diese Befürchtung aller Feinde der proletarischen Revolution, die Befürchtung aller nationalistischen und sozialpatriotischen Kriechertrichter und Arbeiterbetrüger wird mehr und mehr zur Wirklichkeit. Die ober-schlesischen Arbeiter erkennen immer mehr, daß nicht sie, sondern ihre Schinder und Lohnherren, die Kapitalisten und Junker beider Länder, der wahre Feind sind. Als wir Kommunisten am ersten Tage des ober-schlesischen Aufstandes saaten, neben dem nationalen Kampf entfalte sich ein revolutionärer Kampf der ober-schlesischen Arbeiter, höhnten und belächelten uns die Scheidemänner und Hilferdinge. „Die Kommunisten wollen puschen.“ schrieb die „Freiheit“. Heute ist sogar die bürgerliche Presse gezwungen, zuzugeben, daß die kommunistische Strömung unter

## Die Dokumente des Reichswehrministeriums zum Reichswehrputsch gegen Oberschlesien

### Die Waffendepots der „Schlesienshilfe“

Das erste Dokument  
Der Reichswehrminister. Betr.: Schreiben J. R. 796  
Abt. Ib 2709/20. a. l. h. d. Rits.  
Berlin, den 7. Oktober 1920.

**Geheim!**  
Die in letzter Zeit angehaltenen Waffensubstanzungen in Oberschlesien verbieten schon von sich aus weitere Sendungen nach dem ober-schlesischen Abstimmungsgebiet. Nun sind aber schon Waffensubstanzungen im Abstimmungsgebiet entdeckt worden und es ist nicht zu verkennen, daß dadurch das Deutschland schwer kompromittiert wurde. Weitere Geheimdepots dürfen daher bis auf weiteres im Abstimmungsgebiet keinesfalls angelegt werden, da man dieselben vor den politischen Spiegeln nicht genügend sichern kann.  
Um weiteren Entdeckungen vorzubeugen, sind an der Demarkationslinie Waffen- und Munitionsendungen angelegt worden, von denen im Gebrauchsfalle die nötigen Mengen angefordert werden können. Vorläufig sind Depots angelegt worden in: Neisse, Neustadt, Friedland und Falkenberg. Die in diesen Depots aufgestapelten Mengen dürften für jeden Fall genügen.  
Die den Mitgliedern der aufgelösten Einwohner- und Arbeiterwehren, den Krieger- und sonstigen militärischen und maritimen Vereinen abgenommenen Waffen sind denselben sofort wieder zurückzugeben.  
Für den Herrn Reichswehrminister  
J. R.: Hauptmann im Generalstab.  
Die Zentrale der Schlesienshilfe, Breslau.

### Der Schieberlaß des Reichswehrministers

Das zweite Dokument  
Der Reichswehrminister. Berlin, den 29. Oktober 1920.  
Abt. Dv. II 807/20. **Geheim! Eilt sehr!**

Zur Verwertung in Oberschlesien sind 30 Geschütze verschiedener Kaliber bereit gestellt worden. Diese Geschütze befinden sich in Spandau obmontiert und müssen auf jeden Fall nach dem Abstimmungsgebiet gebracht werden. Die Waffe soll gegebenenfalls sofort in Verwendung treten und kann deshalb nach einem der Depots Neisse-Neustadt nicht transportiert werden.  
Aus diesem Grunde hat die Befehlsstelle VI Breslau sofort folgendes zu veranlassen:  
1. Es müssen im Abstimmungsgebiet entsprechende sichere Verstecke anständig gemacht werden.  
2. Ein sicherer Land- oder Wasserweg gewählt werden. Welche ist dem Hrn. bekanntzugeben. Welcher Weg ist sicherer? Alle Vorbereitungen müssen unauffällig vorgenommen werden, und zwar der interalliierten Kontrollorgane und der sich liberall herumschreibenden polnischen Spione wegen. Größte Vorsicht ist am Platze.  
Diesbezüglicher Bericht sofort an die Abteilung.  
Der Reichswehrminister  
J. R. gez. R. Major im Generalstab.

### Mordanschlag auf Korfanty

Das dritte Dokument.  
Der Reichswehrminister. Berlin, den 29. 10. 1920.  
Abt. I 6 3009/20. **Geheim, eilt!**

Ein gewisser Karl Kzepka, Oberschlesier, erzählte gestern im Rm. und sagte folgendes aus:  
„Ich bin Deutscher und kann nicht mehr zusehen, wie das ober-schlesische Volk von Korfanty verdammt und aufgebracht wird. Ich habe mir deshalb vorgenommen, den Korfanty aus der Welt zu schaffen, was mir auch gelingen wird. Ich beantrage dafür 10 000 M., welche ich zum Lebensunterhalt und zur Beschaffung brauche, eine staatliche Anstellung in Berlin oder Breslau. Auf eine finanzielle Belohnung verzichte ich.“

den ober-schlesischen Aufständischen immer mehr anwächst. Der gewiß unverdächtige ober-schlesische Korrespondent der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ telegraphiert gestern abend:  
„Zurzeit hält sich in Oppeln eine Kommission des ober-schlesischen Industriebezirks auf, die mit Le Rond verhandelt. Ich sprach mit verschiedenen dieser Herren. Einmalig sehen sie die Lage außerordentlich pessimistisch an. Vor allem haben sie: der Bolschewismus steht vor der Tür! Am 14. Mai müssen die Arbeiter des Industriebezirks entlassen werden. Bekommen sie kein Geld, ist der Bolschewismus da. Ob die Industriebevölkerung sich mit Corned Beef und Speck und Mehl statt Geld abgeben läßt, ist auch eine Frage. Völlig unlösbar für Korfanty ist aber die Vertriebsfrage. Wo ist das neue Absatzgebiet für die ober-schlesische Industrie? In zwei Tagen schon muß sich der Effekt zeigen, da sich das Material flaut, ohne Absatz und Abfuhr zu haben. In einigen Tagen wird sich die national-polnische Bewegung in Bolschewismus verkehrt haben. Schon jetzt ist die Verfassung bemerkbar.“  
Ganz ähnliche Befürchtungen spricht die enalische Presse aus, die immer wieder auf die Gefährdung der Ruhe und Ordnung, auf die Bedrohung des Eigentums der ober-schlesischen Kapitalisten hinweist und von den alliierten Generalen die Ergreifung aller Maßnahmen zu deren Schutz verlangt.

Das Angebot des Kzepka ist nicht von der Hand zu weisen, und ich ersuche ganz unter der Hand über die Person des H. Erkundigungen einzuziehen, hauptsächlich handelt es sich darum, festzustellen, ob Kzepka eine glaubwürdige Person ist, mit welcher man unterhandeln kann. K. befindet sich in Weidau und wird überwacht.  
Sofortiger ausführlicher Bericht erforderlich.  
Der Reichswehrminister  
J. R. gez. R. Major im Generalstab.  
An das Generalkommando des VI. A. b. Breslau.

### Deutsche Offiziere als Putschleiter

Das vierte Dokument  
Der Reichswehrminister. Berlin, den 14. Nov. 1920.  
Abt. Op. II. 1034/20. **Streng vertraulich!**

In letzter Zeit haben unsere Kampforganisationen im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet eine Verstärkung erfahren. Die dort dienftuenden Offiziere können deshalb die ganze Arbeit nicht bewältigen, welche der Zuwachs der Mannschaften erfordert. Aus diesem Grunde hat die Abteilung nachfolgend bekannten Herren nach dem Abstimmungsgebiet kommandiert, welche heute nach Breslau in Marsch gesetzt worden sind, damit die Befehlsstelle VI alles weitere veranlassen kann.  
Optm. von Rapp, Optm. Schulte, Optm. Archt. von Wertinghaus, Optm. von Kamp Meier, Optm. Kengel, Militärsekretär Deener, Oberleutn. Martin, Oblt. Frank, Oblt. von Flemming, Leutn. Kästner, Lt. von Hade, Lt. Beck, Lin. von Heßdorf, Lin. Urbansky, Lin. Wieber, Lin. zur See Zuhmman, Lin. Martens, Lin. Kutjins, Lt. Hammer.  
Die nötigen Legitimationspapiere hat die Befehlsstelle zu besorgen.  
Der Reichswehrminister  
J. R. gez. R. Major des Generalstabes.

### Befehl zum Einrücken der Reichswehr

Reichswehrministerium. Berlin, den 25. November 1920.  
Abt. Dv. II 1136/20. **Streng geheim! Eilt sehr!**

Da eine neue bolschewistische Offensiv gegen Polen nahe bevorsteht, ist zu erwarten, daß die polnische Exekutive noch vorher in Oberschlesien wird einmarschieren und sich dort niederlassen. Alle bis jetzt eingegangenen Nachrichten haben diese Vermutung bestätigt.  
Sollte der Fall eintreten, daß polnische Militär tatsächlich das Abstimmungsgebiet betritt, ist sofort die Instruktion 4899 20 B I b Ab. 5 vom 4. Mai 1920 zu befolgen, welche lautet:  
„Sobald ein regulärer polnischer Soldat das Abstimmungsgebiet in feindlicher Absicht betritt, hat der Kommandeur der an der ober-schlesischen Demarkationslinie stehenden deutschen Truppen denselben den Befehl zum Einrücken zu geben. Sollten die polnischen Truppen Widerstand leisten, sind sie laut den eingegangenen polnischen Truppen nach Polen zu werfen. Die ober-schlesischen deutschen Kampforganisationen übernehmen den Sicherheitsdienst gegen eventuelle Angriffe einheimischer Polen.“  
Veränderungen erfolgen nicht und muß dieser Absatz genau dem Wortlaut nach befolgt werden.  
J. R. gez. R. Oberst.  
Deutsche Arbeiter! Genügen euch diese Dokumente? Genügen sie euch zur Erkenntnis, daß man die Schützengräben vorbereitet, in denen ihr für Eines sterben sollt, wie eure Brüder 1914? Werdet ihr das ruhig mit ansehen? Das würde euren Selbstmord bedeuten. Gegenüber dem neuen Putschplan der deutschen Fraktion, gegen den das Schicksal von Millionen Proletariat aufs Spiel setzt, gibt es nur eine Antwort:  
Die polnischen Arbeiter haben sich bewaffnet und kämpfen gegen die Ausbeutung der vorwiegend deutschen Unternehmer. Die deutschen Proletariat müssen den proletarischen Selbstschutz organisieren und ihrem Befehl folgen. Nur wenn die Proletariat sich ihre bewaffneten Selbstschutzverbände schaffen, werden sie ihre ober-schlesischen Brüder und sich selbst vor den Augen der Konterrevolution schützen können.

Der ober-schlesische Rätekongreß, der am 9. Mai zusammentrat und sowohl aus deutschen wie aus polnischen Arbeiter zusammengesetzt war, ist das erste Signal für dieses Umschlagen der national-polnischen Bewegung „in Bolschewismus“. Mit allen Kräften ist das ober-schlesische Proletariat um seiner Befreiung willen darauf angewiesen, den Kampf durchzuführen für den Sturz beider Bourgeoisien und die Errichtung der Rätemacht. Unter Ausbietung aller seiner Macht ist das gesamte deutsche Proletariat um seiner Existenz willen, darauf angewiesen, die Niedererschlagung der ober-schlesischen Arbeiter zu verhindern und darüber hinaus ihren Kampf fortzusetzen und zu verbreitern. Die Forderungen der Stunde heißen darum:  
Kein Gewehr und keinen Mann gegen Oberschlesien!  
Aufhaltung aller Truppen- und weihgardistischen Transporte gegen Oberschlesien!  
Sofortige Schaffung proletarischer Selbstschutzorganisationen zur Abschließung der polnischen Organe!



# Der Kampf der französischen Kommunisten gegen die Mobilmachung

Seit den letzten Tagen mehren sich die Nachrichten über große Massenaktionen des französischen Proletariats gegen die drohend aufsteigende Kriegesgefahr. In verschiedenen Städten Frankreichs folgten spontane Demonstrationen gegen die Mobilmachung mehrerer Rekrutenjahrgänge ein, die getragen werden nicht nur von den organisierten Kommunisten, sondern weit über deren Reihen hinaus von Massen, die bisher mehr oder minder indifferent, in demokratisch-republikanischen Illusionen befangen waren. Bald nach der Pariser Entenchenkonferenz, nach der Inkraftsetzung der ersten Sanktionen wurden von den revolutionären Arbeiterorganisationen des Seine-Departements die ersten Maßnahmen gegen die räuberische Politik der herrschenden Imperialistenbande ergriffen. Es bildete sich im Februar in Paris das „Antihonorkomitee gegen den Krieg“. In ihm waren vertreten:

1. die Kommunistische Partei Frankreichs,
2. die Revolutionäre Gewerkschaftsminderheit, (Comité Syndikal révolutionnaire),
3. der Kommunistische Jugendverband Frankreichs,
4. die Anarchistenföderation,
5. die Union ehemaliger Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigter.

Dieses Komitee begann sofort nach seiner Gründung mit der Entfaltung einer energischen, großzügigen Propagandätätigkeit im ganzen Lande. In Zehntausenden von Flugblättern, in Tausenden von Plakaten, in Tausenden von Plakaten, die bis ins letzte Dorf der entlegensten Provinz hinaus verbreitet wurden, warnten die revolutionären Verbände, ohne Unterscheidung der Parteifrankheiten, die Massen der Arbeiter und Bauern vor den unvermeidlichen Folgen der imperialistischen Raubzüge der Bourgeoisie. An die konkreten Nöte und Leiden des französischen Volkes anknüpfend — wie z. B. an die wirtschaftliche Notlage der Kriegesopfer, an das Elend der Bewohner der zerstörten Nordgebiete — wurde das Verderbliche eines neuen Krieges, und sogar schon einer neuen Mobilmachung vor Augen geführt.

Das Aktionskomitee begnügte sich nicht nur mit papiernen Protesten. Das tat es auch die französische Gildenbewegung, die Languetisten der „Sozialistischen Partei“, ohne mit ihrer Phrasen- und Kompromißpolitik nennenswerte Schichten des Proletariats erfassen zu können. Die Kommunisten leiteten in allen Städten, von Marseille bis Lille, von Straßburg bis Bordeaux, große öffentliche Demonstrationen gegen den Krieg ein. Tausende von Proletariern wurden davon mitgerissen. Es zeigte sich die ganze Bedeutsamkeit des Kongresses von Tours, der die Scheidung von den Menschewitschen, der Schaffung einer aktiven kommunistischen Partei. Während in den letzten zwei Jahren die Versammlungen der alten Sozialistischen Partei fast niemals gut besucht waren, während die Massen ihr stets gleichgültig oder feindselig gegenüberstanden, anwesend vor den höchsten Schandrednern und den unerfährten Versprechungen der „Parlamentarier“, lehrten jetzt ungeheure Massen den Lehren der Kommunisten.

Neben der Tätigkeit des Aktionskomitees ging die kommunistische Jugend gegen den Militarismus vor. In den Garnisonen und Kasernen entfalteten die Jugendlichen unter den jungen Rekruten eine eifrige revolutionäre Propaganda. Bei alledem waren die revolutionären Verbände sich von vornherein bewußt, daß der Kampf gegen den Krieg und den Militarismus nicht bloß auf politischer Grundlage geführt werden könne — dazu waren auch die Languetisten geachtet — sondern daß er untrennbar verbunden sein muß mit dem Klassenkampf gegen die französische Bourgeoisie, für den Kampf der bürgerlichen Republik und die Errichtung der proletarischen Diktatur. Die französische Bourgeoisie erkannte frühzeitig die Gefahr, die ihr daraus erwuchs. Sie ließ alsbald Polizei und Klassenjustiz in Aktion treten. Zahlreiche Jugendliche wurden verhaftet und abgeführt. Der Sozialapparat arbeitete. Sanktionen wegen „Verhaltens gegen die Sicherheit des Staates“ folgten. Die Garnisonen ließen sich dadurch nicht abschrecken.

Verstärkt und bis zum jetzigen Stadium offener Zusammenstöße gehend aber wurden die Klassengegensätze nach dem Abbruch der Londoner Verhandlungen, nach den letzten Beschlüssen des Obersten Rates, die die Befehle des Reiches, den Einmarsch nach Deutschland vorzubereiten. Noch vor der Einberufung der Jahresklassen 1919, die offiziell am 3. Mai verfügt wurde, hatten in allen Provinzen die Gendarmeriebehörden Befehle erhalten, die Einberufungsordres auszugeben. Ohne jede offizielle Berechtigung wurden aber außer der Klasse 1919 die familiären Urlaube des Jahrganges 1918, ja sogar die Reserveoffiziere und Unteroffiziere der Jahrgänge 1916-17, und sämtliche „Spezialsoldaten“ (Techniker, Pioniere, Eisenbahner, Telegraphisten usw.), von 1902 bis 1908 unter die Fahnen gerufen. Diese Mobilmachung, die im Geheimen durchgeführt werden sollte, wurde von der „Humanität“ enthüllt. Unser Bruderblatt war in der Lage, eine Originalphotographie des Einberufungsbefehls eines Soldaten der Klasse 1908 zu veröffentlichen. Das war offenbar ein selbst vom bürgerlichen Verfassungshandbuche ungeschriebener Akt der Regierung.

Was geschieht mit den einberufenen Soldaten? Wie ist ihre Lage? Auch darüber gibt die „Humanität“ unwiderlegliche Dokumente. Die Behandlung, die Verwundung, die hygienischen Verhältnisse, unter denen die Rekruten leben haben, entsprechen ganz dem Zustande der korrupten, im Niedergang begriffenen französischen Bourgeoisie. In zahlreichen von der „Humanität“ veröffentlichten Briefen beklagen die Reservisten sich darüber. Sie müssen teilweise auf dem bloßen Erdboden schlafen. Strohlage und Decken fehlen ihnen. Bei der 15. Filiperiode besteht die Verpflegung fast ausschließlich aus Hülsenfrüchten. Man fand in dem Elysee eine tote Katze. In vielen anderen Formationen oder Landesgegenden herrschen ähnliche Zustände. Verschärfend will hinzu, daß gerade gegenwärtig in der französischen Armee eine heftige Grippe-Epidemie wütet. Häufig treten Todesfälle auf. Beim 180. Infanterieregiment in Straßburg, so heißt es in einem der Briefe, wütet die Grippe, der Scharlach und die Diphtherie. Die Kranken erhalten ungeschicktes Wasser. Im selben Gebiete wohnen die eben angekommenen Mobilisierten des Jahrganges 1919.

# Die oberösterreichische Aufstandsbewegung

Die allgemeine Lage im Aufstandsgebiet ist unverändert. Aus dem Kreise Kreuzburg werden neue Schieferungen gemeldet. Auf der Eisenbahndirektion Kattowitz erschien gestern eine Delegation der Führer und verlangte von den Kontrolloren der Eisenbahndirektion Ablegung des Eisenbahndirektionspräsidenten und sechs namentlich aufgeregter Deputierten. Dies Verlangen wurde zurückgewiesen. Durch Preisversteigerung werden fortwährend Truppentransporte. Der Eisenbahnerstreik wird zum Nachteil von Lebensmittel anfruchtbar. Gleitschiff ist von der telegrafischen Verbindung mit der Umgebung abgetrennt. Hindenburg soll von den Polen gestürzt worden sein.

Die Nachbarn von dem Abschluß eines Abkommens zwischen dem Ententeblock und dem national-polnischen Kommando befragt sich. Einer vom polnischen Stabschef veröffentlichten Bekanntmachung zufolge haben die interalliierten Behörden die Garantie für die neu festgelegte Demarkationslinie übernommen, die längs der Oder läuft. Die militärischen Operationen zwischen Wilkierin und Polen sollen eingestellt, der

Waffenstillstand unterzeichnet sein. Ist damit der oberösterreichische Kampf beendet, die Kriegesgefahr beendet, der national-polnische Terror von den polnischen Seite beendet? All nichts. Kein Abkommen, keine Vertragsunterzeichnung vermag die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen deutscher und polnischer Bourgeoisie in Oberösterreich auszugleichen. Nur die revolutionäre Macht des Proletariats kann sie überwinden. Trotz des Abkommens, geht der oberösterreichische Klassenkampf fort. Trotz Korjantys Befehl, den Grubenstreik abzubrechen sind fast nach bürgerlichen Meldungen kaum 40-60 Prozent der Beteiligenden wieder eingelaufen. Die ausgepöbelten und unterdrückten Bergarbeiter Oberösterreichs streiken trotz Korjantys Weisung. Die Geister, die Korjantys rief, denen er Waffen gab, wird er nicht mehr los.

Während der Waffenstillstand zwischen den Alliierten und Nationalpolen nur scheinbar eine Kampfpause einleitet, geht in Wirklichkeit die Aufstandsbewegung ungehemmt fort. Vor allem dauert

die Unterdrückungsbewegung gegen die oberösterreichischen Arbeiter fort. Die deutsche Konterrevolution führt ihren Schläge.

Die Orgel schlägt zu. Eine bewaffnete deutschnationalistische Bande von 150 Mann ist bereits vor einigen Tagen ins Stollmangengebiet eingedrungen und hat bei Deutsch-Rastowitz den französischen Kreisinspektoren, Hauptmann De Biols gefangen genommen, nach Neustadt und dann nach Neitz verschleppt. Erst auf Eingreifen der Obergerichts-Kommission und der französischen Botschaft in Berlin wurde er freigelassen. Diese unwiderleglich feststehende Tatsache macht über Kunde durch die gesamte Auslandspresse. Den deutschen Zeitungsleuten wurde sie, wie so zahllose andere, unterzogen. Aber die deutschen Arbeiter werden trotzdem erfahren, wozu die Kriegsbege der Eisenbahnen sie führt, sie werden erfahren, mit welcher Energie und Blamität die deutsche Bourgeoisie auf die Propagierung blutiger Konflikte, auf die Entfaltung des Krieges mit Polen hinarbeitet. Der Fall von Deutsch-Rastowitz ist kein vereinzeltes. Andere Beweise liegen in Halle und Jälle vor. Der bekannte Weltgardienorganisator, Professor Kleinwächter, der von den aufständischen Arbeitern vorgestern verhaftet worden war, ist unverletzt nach Hindenburg zurückgeführt. Er kann weitere Weltgardien organisieren.

Neue deutsche Truppenzusammenziehungen in der Gegend von Rosenberg werden aus sicherer Quelle gemeldet. Das WTB kann dies nur sehr lau bestreiten. Trotz des Waffenstillstandes stehen weitere schwere Kämpfe bevor. Die Entwicklung der Dinge wird davon abhängen, ob die deutsche Arbeiterklasse sich aufraffen wird, um den Aufmarsch der Orgel und der Ketschwehre zu verhindern. Das Lebensinteresse der oberösterreichischen wie das der deutschen Arbeiter selbst fordert gebieterischer denn je:

**Volle Solidarität mit den aufständischen Proletariern! Keinen Mann und kein Gewehr gegen Oberösterreich!**

Es ist begreiflich, daß unter solchen Umständen der kommunistische Einfluß auch bei den Soldaten reichlich schnell zunimmt. Mehr noch aber gilt das für die Familien der Rekrutierten. Neben den Arbeiterfamilien, deren junge Söhne wieder den verhassten Uniformrock anziehen und unbekanntes Gefahren entgegengehen müssen, sind es vor allem die Bauern, deren sich eine heftige Entrüstung über die Regierungspolitik bemächtigt. Gerade jetzt zurzeit der höchsten landwirtschaftlichen Tätigkeit wird Tausenden von Kleinbauernfamilien der beste unentbehrliche Arbeiter und Familienernährer, der Sohn, genommen. Der Widerstand gegen die Kriegspolitik ist auch auf dem flachen Lande im Ansteigen begriffen. Das beweisen die letzten Kammer-Ergebnisse, die in den bäuerlichen Provinzen fast ausschließlich Linksexemplikaren, Sozialisten und Kommunisten, den Sieg über die Kandidaten des herrschenden Nationalblocks gaben. In den letzten 4 Tagen ist es in Paris zu offenen Zusammenstößen, ja zu Blutvergießen gekommen. Ein Zeichen für die Erbitterung der proletarischen Massen. Die Demonstration vom Sonntag nachmittag war die größte, die Paris seit langem gesehen hat.

Mit größter Besorgnis sieht die französische Bourgeoisie dieser Entwicklung zu. Ihre Rechnung, die einen glatten, mühelosen Sieg über die deutsche Bourgeoisie und das deutsche Proletariat erhoffte, wird durch die Kraft dieses neuen Faktors, dieses machtvoll aufmarschierenden „inneren Feindes“ ins Wanken gebracht. Der „Temps“, das Regierungsblatt, veröffentlicht bereits an mehreren aufeinanderfolgenden Tagen lange Spaltenartikel unter der Überschrift „Die Kommunisten gegen die Aktion“, „Kommunistische Drohungen“. Er schreibt darin mit den selben Mitteln antikommunistische Seghe, wie die deutsche Bourgeoisie es gegen uns tut. Keine Beschimpfung und Verächtlichung, so abscheulich und böswillig sie sei, verschmäht die Bourgeoisie. „Die Handvoll Agitatoren“, die „Schlinge des deutschen Imperialismus“, kehren in diesen Artikeln ebenso häufig wieder wie „Die Lakaien des Tages“, die „Hochverrat“, die mit russischem Gelde „Verführten“, Brutale Drohungen bilden die Erzeugnisse. Die Anwendung aller Machtmittel des Staates, aller Unterdrückungsmassnahmen der Regierung wird angekündigt. Die französischen Kapitalisten wissen, welche Gefahr ihnen durch den Aufmarsch der proletarischen Revolution drohen, Gefahren, weit erörtert und unheimlicher als die durch den deutschen „äußeren Feind“.

So erträulich die Erfolge der französischen Kommunisten gegen Krieg und Mobilmachung, gegen Klassenjustiz und bürgerliche Diktatur sind, so mächtig die Aufwühlung weiser Volksmassen dadurch fortgeschritten, so verfehlt wäre es, für die deutschen Arbeiter, sich falschen Hoffnungen hinzugeben. Zum Siege schreiten die Imperialisten niederwerfen, kann das französische Proletariat erst dann, wenn das imperialistische Stimmendeutschland gestürzt ist, durch die Macht des deutschen Proletariats. Die Verschärfung der französischen Klassengegensätze wächst. Ja mehr als das, ihre Ausstrahlung beginnt. Ihre heftige Entscheidung durch die Arbeiter und Kleinbauern ist erst möglich nach dem Siege des Proletariats in Deutschland. Und hier liegt das Schicksal der westeuropäischen Revolution.

## Politische Uebersicht

### Konterrevolutionäre Kaffalgereien

Im Reichskabinett sitzen die Ja-Sager. In Preußen residiert das Stinneskabinett. Sozialdemokraten und Reichsparteien, sie wollen nun beide die Treppe hinaufsteigen. Die Sozialdemokraten kämpfen für Homogenität des Preußenkabinetts nach Reichsvorbild, die Reichsparteien und Herr Stresemann wollen das Reichskabinett lieber nach dem Muster des Preußenkabinetts zu reorganisieren. Die Sozialdemokratie wagt heute die Spröde, nachdem gestern ihre andringlichen Liebesbeteuerungen vom preußischen Zentrum und den Demokraten mit einem kalten Guß beantwortet wurden. Der „Vorwärts“ schreibt unter der Versicherung, die Sozialdemokratie habe nicht die Absicht, um jeden Preis Regierung zu spielen:

„Stimmen die Mittelparteien, die Errichtung des Ultimatum besser als mit der Sozialdemokratie mit einer Partei durchzuführen zu können, die keine Annahme demögern hat, so sollen sie es in Gottes Namen versuchen.“

Die Deutschnationalen laufen ihrerseits entsetzt Sturm gegen den Gedanken, die Sozialdemokratie ins Preußenkabinett einzubeziehen. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

Man soll nicht sagen, Deutschland könne in der auswärtigen Politik keine positive Rolle mehr spielen. Gemiß sind wir in hohem Grade das Objekt des Entente-Kapitalismus, aber wir haben trotzdem die Pflicht und auch die Möglichkeit, uns einen Platz in der Welt zu verschaffen. So tief sind die Unabhängigen gesunken, daß sie sich bei der Bourgeoisie mit der verächtlichen imperialistischen Begehr von Deutschlands „Platz in der Welt“ anbiehern. Wenn sie dabei die gewalttätige Lösung der Krise ablehnen, so beweisen sie damit nur, daß sie nicht nur Handlanger der Bourgeoisie, sondern überdies sehr dumme Handlanger sind, die mit der Annahme des Ultimatum die Krise friedlich beendet glauben, die doch in Wirklichkeit erst in ein neues Stadium eingetreten und auf kapitalistischer Grundlage überhaupt unlösbar ist. Die „Freiheit“ wird trotz ihrer Rezipie nicht verhindern können, daß die Bourgeoisie gemeinsam mit ihrer, noch besser als die U.S.P. in Vakantendienst erprobten sozialdemokratischen Schwester darüber entscheiden wird, ob das Reich verpreußt oder Preußen verreichet, oder ob die nationale Einheitsfront von Stinnes bis Scheidemann entstehen wird. Herr Breitscheid wird sich auf jeden Fall noch eine Weile gedulden müssen.

Man soll nicht sagen, Deutschland könne in der auswärtigen Politik keine positive Rolle mehr spielen. Gemiß sind wir in hohem Grade das Objekt des Entente-Kapitalismus, aber wir haben trotzdem die Pflicht und auch die Möglichkeit, uns einen Platz in der Welt zu verschaffen. So tief sind die Unabhängigen gesunken, daß sie sich bei der Bourgeoisie mit der verächtlichen imperialistischen Begehr von Deutschlands „Platz in der Welt“ anbiehern. Wenn sie dabei die gewalttätige Lösung der Krise ablehnen, so beweisen sie damit nur, daß sie nicht nur Handlanger der Bourgeoisie, sondern überdies sehr dumme Handlanger sind, die mit der Annahme des Ultimatum die Krise friedlich beendet glauben, die doch in Wirklichkeit erst in ein neues Stadium eingetreten und auf kapitalistischer Grundlage überhaupt unlösbar ist. Die „Freiheit“ wird trotz ihrer Rezipie nicht verhindern können, daß die Bourgeoisie gemeinsam mit ihrer, noch besser als die U.S.P. in Vakantendienst erprobten sozialdemokratischen Schwester darüber entscheiden wird, ob das Reich verpreußt oder Preußen verreichet, oder ob die nationale Einheitsfront von Stinnes bis Scheidemann entstehen wird. Herr Breitscheid wird sich auf jeden Fall noch eine Weile gedulden müssen.

Man soll nicht sagen, Deutschland könne in der auswärtigen Politik keine positive Rolle mehr spielen. Gemiß sind wir in hohem Grade das Objekt des Entente-Kapitalismus, aber wir haben trotzdem die Pflicht und auch die Möglichkeit, uns einen Platz in der Welt zu verschaffen.

So tief sind die Unabhängigen gesunken, daß sie sich bei der Bourgeoisie mit der verächtlichen imperialistischen Begehr von Deutschlands „Platz in der Welt“ anbiehern. Wenn sie dabei die gewalttätige Lösung der Krise ablehnen, so beweisen sie damit nur, daß sie nicht nur Handlanger der Bourgeoisie, sondern überdies sehr dumme Handlanger sind, die mit der Annahme des Ultimatum die Krise friedlich beendet glauben, die doch in Wirklichkeit erst in ein neues Stadium eingetreten und auf kapitalistischer Grundlage überhaupt unlösbar ist. Die „Freiheit“ wird trotz ihrer Rezipie nicht verhindern können, daß die Bourgeoisie gemeinsam mit ihrer, noch besser als die U.S.P. in Vakantendienst erprobten sozialdemokratischen Schwester darüber entscheiden wird, ob das Reich verpreußt oder Preußen verreichet, oder ob die nationale Einheitsfront von Stinnes bis Scheidemann entstehen wird. Herr Breitscheid wird sich auf jeden Fall noch eine Weile gedulden müssen.

### Gefährnisse der Sozialdemokratie

Die neue Reichsregierung und die alte Preußenregierung brauchen beide in ihren Augen. In Preußen möchte die Sozialdemokratie sich es die Füllekröpfe legen, im Reich verächtlichen Reichsparteien, Zentrum und Demokraten schon jetzt, den ungeliebten Regierungspartnern aus dem Kabinett herauszubringen und die alte Stinneskoalition, die dem Druck der Entente weichen mußte, wieder herzustellen. Betrüblich sehen die Unabhängigen anerkennen. In einer Koalition mit bürgerlichen Parteien wollten sie nicht teilnehmen — sie sagten sich gewiss, daß eine Koalition der bürgerlichen Linken und der Sozialdemokratie ihrer nicht bedarf — und die Bildung einer „realpolitischen“ Regierung hat die Reichssozialdemokratie abgelehnt.



Bestern hatten die Unabhängigen sich gestellt, als hätten sie die Zeit für den Sozialismus in Deutschland für gekommen. Der spätere Widerstand der Bourgeoisie gegen die sozialistische Regierung wollten sie dann durch ihren Bolschewismus (B) brechen. Heute müssen sie sich vom „Vorwärts“ folgendes sagen lassen:

Die sozialistische Regierung hätte auch nach der Annahme des Ultimatums keinen Schritt tun können ohne die Hilfe einer bürgerlichen Partei. Eine Regierung, die nur aus Sozialisten besteht, aber ohne bürgerliche Hilfe nicht regieren kann, wäre eben keine sozialistische Regierung. Sie würde einen Zustand vorzulösen, der nicht besteht.

Statt eine sozialistische Regierung zu bilden, die von der Gnade einer bürgerlichen Partei abhängig wäre, vorausgesetzt, daß sie diese Gnade überhaupt läßt, ist es sicher viel richtiger, den Anhängern der sozialistischen Parteien zu sagen, daß die bestehenden Machtverhältnisse die Bildung einer sozialistischen Regierung ebenso wenig gestatten, wie die längere Dauer einer rein bürgerlichen Regierung. Das Ziel, einmal die Alleinherrschaft einer einzigen, starken Sozialdemokratischen Partei im Reich herbeizuführen, besteht auch für uns. Aber dieses Ziel ist weder durch taktische Klünsteln, noch durch Vergewaltigung der Tatsachen zu erreichen, sondern nur dadurch, daß man die Dinge ausreifen läßt.

Der sozialistischen Regierung, so sagt der „Vorwärts“, fehlt nicht nur die starke Volksmehrheit, sondern auch die Möglichkeit zur Durchführung einer sozialistischen Politik. Deutschland steht unter dem allerhöchsten äußeren Druck einer Allianz kapitalistischer Staaten, gegen deren wütenden Ansturm sich die sozialistische Regierung behaupten müßte. Nur eine völlig veränderte Weltlage könnte ihr freie Bahn für ihre Arbeit schaffen.

Der „Vorwärts“ hat Recht und Unrecht. Recht hat er, wo er die regierungswilligen Unabhängigen über den wirklichen Wert einer rein sozialistischen Regierung, die sich auf das bürgerliche Parlament stützt, belehrt. Hier geht er selbst die Ohnmacht der beiden sozialistischen Parteien ein, die, selbst wenn sie allein regieren, sich auf Schritt und Tritt in der Abhängigkeit von der Bourgeoisie befinden. Und das darum, weil sie nicht wagen, sich gegen die Bourgeoisie auf die Arbeitserklasse zu stützen.

Hierin liegt der Grund, weshalb der „Vorwärts“ im weiteren Unrecht hat. Wohl ist es wahr, daß Deutschland unter dem stärksten Druck ausländischer Bourgeoisien steht und eine wirklich sozialistische Regierung in Deutschland ihrem wütenden Ansturm beugen würde. Aber sie würde sich gleichzeitig einen mächtigen Bundesgenossen erwerben im Proletariat der Ententeländer. Wie demzufolge dem Ansturm der ganzen kapitalistischen Welt standgehalten hat, so würde ein proletarisches Deutschland im Bunde mit ihm um so mehr dem Ansturm der Ententebourgeoisie standhalten.

Aber eine solche sozialistische Regierung müßte sich auf die Arbeiterklasse stützen, müßte alle ihre Kräfte zum Kampf gegen die Bourgeoisie entfesseln, müßte eine Politik treiben, die auch sie als Verbündete des Ententeproletariats erkennen ließe. Dazu sind die Sozialdemokraten und Unabhängigen gleichermäßen unfähig. Sie lassen die Dinge sich ausreifen, d. h. den Karren in den kapitalistischen Abgrund laufen, und wo sie eingreifen, da gegen das kämpfende Proletariat. Sie haben sich mit Haut und Haaren der Bourgeoisie verkauft und gesehen es selber ein. Wann werden die mehrheitssozialistischen und unabhängigen Arbeiter daraus die Konsequenzen ziehen?

### Bayern ist guter Dinge wegen der Einwohnerwehrfrage

Daß Bayern nicht über die Einwohnerwehrfrage stolpern wird, hat seinen einfachsten Grund darin, daß die Reichsregierung — nach den neuesten Meldungen sogar der französische „Erforscher“ — bemüht sind, ihm die Steine aus dem Weg zu räumen. Zur Bestätigung dieser Auffassung folgende Meldung:

Wie die „Telegraphen-Union“ zuverlässig erfährt, hat die bayerische Regierung noch keine Kenntnis von den Absichten der Reichsregierung in der Entwaffnungsfrage. Von einer Ministerpräsidentenreise kann gar keine Rede sein. Heute dürften Beratungen im Ministerrat und unter den Koalitionsparteien gepflogen werden. Es steht fest, daß die Einwohnerwehrfrage nicht im Stande sein wird, das Verhältnis Bayerns zum Reich entscheidend zu beeinflussen.

Wenn Bayern die Einwohnerwehrfrage gelassen betrachtet, und „nachgibt“, so acht daraus hervor, daß das Reich nachgibt. Die Formel für die Wiederherstellung der „aufgelösten“ bayerischen Einwohnerwehr unter neuer Firma hat man ja, wie gesehen berichtet, bereits gefunden.

Diese Formel ist von Herrn Heim angefaßt worden. Durchgeprüft wurde sie offenbar nicht bei den bayerischen Gebliratern, sondern mitten in Berlin unter den Augen des neuen Reichskabinetts. Die „Post“ vertritt nämlich, daß zugleich mit Dr. Heim auch Herr Lande, Hauptmann der Einwohnerwehren, Forstrat Dr. Eicherich wohlhabenden und munter von den in Berlin gepflogenen Besprechungen nach München zurückgekehrt ist. Die Herren sind recht zufrieden. Sie denken nicht daran, der Sozialdemokratie zuliebe in der Einwohnerwehrfrage gewissermaßen aus Charakterfestigkeit zu demissionieren. Das Ministerium fährt bereit: Es wird so wenig aufgeldt wie vorläufig die Einwohnerwehren. Die Korrespondenz der bayerischen Volkspartei erklärt das Gerücht über die angebliche Ministerkrisis in Bayern für haltlos, billigt die Erklärung Dr. Heims im Reichstag und erklärt das Bleiben Kohrs damit für gerechtfertigt, daß ohne Verschulden der Volkspartei die Mehrheit im Reichstag für die Annahme des Ultimatums zustande kam. So kann denn die „Post“ die beruhigende Mitteilung machen, daß sich die bayerische Regierung der Reichsregierung gegenüber durchaus abwartend verhalte. Sie kann dies um so mehr, als auch die bayerischen Demokraten zu Kohr halten und drauf und dran sind, sich von ihren demokratischen Kollegen im Reich abzuplatzen. Mit Recht konstatiert der Münchener Berichterstatter der „Völkischen Zeitung“:

Nach diesen Ausführungen dürfte die Frage eines Rücktritts des Herrn v. Kohr fürs erste erledigt sein; das Weitere wird davon abhängen, wann und in welcher Form die Entwaffnung unternommen werden wird.

Die Form der Entwaffnung besteht bekanntlich darin, daß sie nur zum Schein durchgeführt wird, daß die Einwohnerwehren lediglich ihre Firma ändern. Das Vertrauen der bayerischen Regierungsparteien zum Kabinett Kohr bedeutet somit die anerkennende Parteilichkeit für das Geschick, mit dem die Reichsregierung die Sache mit der Einwohnerwehr mal wieder geschoben hat. Die Sozialdemokraten sind in Bayern mit ihren parlamentarischen Entwaffnungskomitees gründlich unter den Tisch gefallen. Nicht parlamentarische Schiebungen, sondern nur die Tat des Proletariats kann die bayerische Einwohnerwehrfrage lösen.

### Bayerischer Einwohnerwehrcasus mit Frankreich

Der Berliner Korrespondent des „Journal“ teilt mit, daß man allen Anlaß habe zu glauben, die Vertreter Bayerns würden in direkte Verhandlungen mit Frankreich eintreten. Es ist wahrscheinlich, daß Dr. Heim selbst beauftragt werden wird, Frankreich den Wunsch der bayerischen Regierung bekanntzugeben. Diese hat die Ansicht, die Einwohnerwehr unter die dauernde Kontrolle der Franzosen zu stellen und dafür gewisse Garantien zu geben.

### Orgeishetze im Kreis Ludau

In den „Stiefen Rodanten“, amtlicher Anzeiger für den Kreis Ludau, Körschheim, Dabritzsch, Finsterwalde, Sonnenwalke, Seligen und Caku, im „Göhrner Stadtblatt“, Publikationsorgan für amtliche Bekanntmachungen, und in der „Ludauer Kreiszeitung“, amtliches Kreisblatt für den Kreis Ludau, finden wir ein Inserat der Organisation Eicherich, z. B.,

in welchem zum Vorhott gegen die Entente aufgefordert wird. Es soll eine Einheitsfront der wirtschaftlichen Arbeiter gegen die Entente und mit Gegenmaßnahmen gearmetet werden. Zum Schluß heißt es: „Selbst euch selbst und beweißt den Staatsmännern der Entente, daß der abgeordnete Feil sie selbst treffen muß.“

Auf diese Weise soll der nationale Blutausch gegen die Entente wie 1914 erzeugt werden. Die amtlichen Kreislätter der republikanischen Regierung geben ihre Spalten dazu her.

Die Völkerverhetzung wird geschürt. Die Organisation Eicherich steht bereit, um das deutsche Volk von neuem in den Krieg zu hegen, um noch größeren Elend über das deutsche Proletariat zu bringen. Gegen dieses Treiben müssen die deutschen Proletarier Front machen und die Entwaffnung der Einwohnerwehren verlangen. Nur die Bewaffnung des Proletariats bürgt dafür, daß diesen Kriegshebern das Handwerk gelegt wird.

### Kanonenfutter für Oberschlesien

Die Berliner „Rote Fahne“ bringt in ihrer Donnerstagnummer folgende Meldung:

Obdachlose aus der Hebbelstraße teilen uns mit, daß für den neuen Krieg wieder speziell die Armeen der Armen herhalten sollen. So wird z. B. unter den Obdachlosen eine intensive Propaganda für den Oberschlesischen Selbstschutz entfaltet. In der Französischen Straße 59, vorn 1 Treppe, ist ein Werbebüro unter dem Schutze der Sipo aufgemacht, wo die Freiwilligen, speziell Obdachlose, angeworben werden. Entschädigung wird gezahlt pro Tag:

pro Mann 30 M., für die Frau 20 M., Kinder pro Kopf 5 M. Beim Ausmarsch bekommt der Mann 10 M. zu. Der Abtransport geht sehr schnell vor sich. Die Betroffenen melden sich morgens von 9 bis 10 Uhr, und abends geht vom Schlesischen Bahnhof schon der Transport nach Breslau ab. Zum Beispiel ist erst in der Nacht vom 12. zum 13. ein Transport mit 500 Mann abgegangen. Ein weiterer läßt am Freitag Nacht weg. Wie wir hören, sollen auch noch in anderen Stadtteilen Berlins decarfige Werbestellen bestehen.

### Ententedikat und Bürgerkrieg!

Die deutsche Bourgeoisie unterwirft sich dem Ententedikat, weil sie die deutsche Arbeiterklasse unterwerfen will.

Die Sozialdemokraten sind wie immer Vertreter der Arbeiterklasse und Helfershelfer der Kapitalisten. Die Sozialdemokraten sagen den Arbeitern Oberschlesiens, sie sollen sich den deutschen Grundbesitzern unterwerfen und sie sagen den Arbeitern Deutschlands, sie sollen sich den Ententekapitalisten unterwerfen.

Die Kommunisten fordern das Proletariat auf, den sozialen Aufruhr in Oberschlesien zu unterstützen und das Joch des Räuberdikats der Entente abzuschütteln.

Die Annahme des Ententedikats bedeutet nicht das Ende, sondern den Anfang von äußerst scharfen inneren und äußeren Konflikten.

### Proletariat! Organisiert euch zum Selbstschutz und zum unvermeidlichen Bürgerkrieg!

### Sie verbieten die „Rote Hilfe“

Der raschwütigen Polizei und Staatsanwaltschaft ist es nicht genug, Todes-, Zuchthaus- und Gefängnisurteile gegen die Kommunisten auszusprechen zu können. Ihre Hah richter sich sogar gegen die Einrichtungen der revolutionären Arbeiterklasse, die dazu geschaffen sind, den Opfern des weißen Terrors Hilfe angedeihen zu lassen, den Wunden und Waisen der Märtyrerfamilien zu helfen, den Inhaftierten die bei der Ausnahmejustiz so wenig mögliche Rechtsunterstützung zu leisten zu lassen.

Die bürgerliche Presse meldet aus Halle, daß dort „eine neue kommunistische Organisation aufgedeckt“ worden sei, die sich „Rote Hilfe“ nennt. Der Gausekretär ist verhaftet worden. Das Material wurde beschlagnahmt. Es steht zu erwarten, daß an anderen Orten im Zusammenhang damit noch Verhaftungen vorgenommen werden.

Die „Rote Hilfe“ ist eine Unterstützungseinrichtung, die vollständig legal arbeitet und der ganzen Arbeiterklasse bekannt ist. Dieses Vorhaben der Polizei zeigt, wie kaum irgend etwas anderes, daß die Bourgeoisie in ihrem Kampf gegen die Kommunisten keinen rechtlichen Vorwand braucht. Die Arbeiterklasse, der durch die Verordnungen des Sozialdemokraten Ebert die Koalitionsfreiheit genommen worden ist, muß sich aufs entschiedenste dagegen wehren, daß nunmehr auch noch verboten wird, ihren verfolgten Brüdern zu helfen. Die USV- und SPD-Führer können zufrieden sein, haben sie die Arbeiter vor Solidaritätsakten gewarnt, so hat die Polizei ihre Wünsche befriedigt und versucht, durch ihre Mittel die Hilfsaktion des Proletariats zu vereiteln.

### Kleine politische Nachrichten

Kommunistischer Wahlsieg in Mitteldeutschland. Bei den Neuwahlen der Stadtverordneten-Versammlung in Löbjun, die wegen ihrer kommunistischen Mehrheit durch die Regierung aufgelöst worden war, haben die Kommunisten einen starken Erfolg errungen. Es wurden 8 Kommunisten, 2 Unabhängige und 8 Bürgerliche zu Stadtverordneten gewählt. — Diese Wahl beweist erneut, daß es selbst der höflichsten Schreckensherrschaft nicht gelungen ist, den Einfluß der Kommunisten in Mitteldeutschland zu brechen.

Ein Drama für die Revolutionsoffener in Suzl. Wie aus Halle gemeldet wird, wurde in der Stadtverordnetenversammlung in Suzl ein Antrag der Kommunisten, den während der März-kämpfe gefallenen Arbeitern ein Denkmal zu setzen, gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist entrüstet über das Auftrüben-der-„Rote Hilfe“ und ruft nach dem Eingreifen der Regierung.

Von Ekipien zu Scheidemann. Der „Vorwärts“ berichtet, daß im Regit Frankfurt am Main, in dem überhaupt eine starke Uebertreibungsbewegung aus der USV zur SPD. vorhanden sei, die unabhängigen Ortsgruppen der Kreishäute Limburg und Weiburg geschlossen zur SPD. zurückgekehrt sind. Damit habe die USV. im Labungsbiet ihren Stützpunkt verloren. — Während die unabhängige Presse täglich den Zusammenbruch der WPD. verkündet, gehen ihre eigenen Organisationen in das Lager der Scheidemann über. Die Christen und Bändering setzen ihren Anhängern selber den Weg dahin. Je mehr sich ihre Politik der Politik der Rechtssozialisten anpaßt, desto weniger Gründe haben ihre Schäfte, noch eigene Organisationen aufrechtzuerhalten.

Die „Schwarze Schmach“. Wie der „Germania“ aus Kaiserslautern gemeldet wird, setzen sich die französischen schwarzen Truppen, die in der letzten Zeit auf dem Durchmarsch durch Kaiserlautern kamen, zum großen Teil aus Regern der früheren deutschen Kolonien zusammen. Sie sprachen zum Teil deutsch und sangen bei ihren Marschen zum Teil deutsche Lieder an. — Die deutsche Bourgeoisie wird durch diese nationalen Regereine ihrer kräftigsten Zugnummern verlieren. Statt sich über die „Schwarze Schmach“ zu entäuern, wird sie noch die treu-deutschen Schwarzen vergerichtlichen müssen!

### Die WPD. gegen den weißen Terror

Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion Paris (Hannover) und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

1. die sofortige Annahme aller, die wegen sogenannter politischer Vergehen und Verbrechen oder im Zusammenhang mit solchen verurteilt worden sind,
2. die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes in allen Teilen des Reiches und die sofortige Aufhebung der Sondergerichte,
3. die sofortige Aufhebung der Sühnpflicht,
4. die sofortige Aufhebung aller Strafverfahren, die wegen sogenannter politischer Vergehen und Verbrechen oder im Zusammenhang mit solchen anhängig sind,
5. die sofortige Aufhebung aller Verbote von Zeitungen, Flugblättern usw.,
6. die sofortige Zurückziehung der Sipo, Schupo, kurz jeder bewaffneten Macht aus den Gebieten der letzten Kämpfe,
7. die sofortige Auflösung aller sogenannten Selbstschutzorganisationen, auch wenn sie unter irreführenden Namen und Statuten ihre „Legalisierung“ erhalten haben.

Berlin, den 11. Mai 1921.  
Paris (Hannover). Berthel. Graf. Däumig. Eckardt (Hannover). Eichhorn. Fries. Dr. Oeyer (Sachsen). Dr. Herzfeld. Heydemann. Hoffmann (Berlin). Hüllein. Koenen. Matzahn. Plettner. Remmel.

### Ausland

### Die Ententepresse über das neue Reichskabinett

Das Kabinett der Ja-Sager ist gebildet, die Unterwerfung unter den Ententeshock vollzogen. Die Pazifisten Hillerdinghser und anderer Färbung glauben, in Paris werde eitel Freude über den Papiersegen herrschen, der die Milliardenzahlungen verheißt. Vergeltliche Hoffnung. „In Paris“, so meldet die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, „geht die vorherrschende Meinung nach wie vor dahin, daß auch die neue Regierung von Deutschland nur durch die Gewalt zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen angehalten werden könne.“

In diesem Sinne äußert sich auch die französische Presse durchweg. „Petit Parisien“ erklärt, das Kabinett werde auf den stärksten Widerstand der Rechtsparteien, der Unabhängigen (?) und der Kommunisten stoßen. Es könne daher kein starkes und gefestigtes sein, und es müsse ihm von außen her die Durchführung der Aufgaben, die es übernommen habe, erschwert werden.

„Figaro“, „Gaulois“, „Eclair“ und „Victoire“ meinen, daß auch das Kabinett Wright um die Befehle des Ruhrgebietes nicht herumkommen werde. Es handle sich nur um einen Aufschub der Operationen, da Deutschland seinen Verpflichtungen doch nicht nachkommen wolle.

„Echo de Paris“ schreibt, daß bei der geringsten Verletzung gegen die Bestimmungen des Ultimatums, ganz gleich, ob sie sich auf die Entschädigung oder auf die Entwaffnung beziehen sollten, der Einmarsch erfolgen werde.

Der „Temps“ aber beglückwünscht die deutschen Sozialdemokraten, dazu, daß sie wieder in das Kabinett eingetreten seien. Diesen Glückwunsch haben die Scheidemannier, die das deutsche Proletariat an das Ententekapital verkaufen, gewiß verdient.

Die englischen Pressstimmen sind entgegenkommender als die französischen. Das neue Reichskabinett erscheint ihnen — mit Recht — als unfeindlicher aber wertvoller Geschäftsfreund.

### Ein französisches Regiment meutert

In Toulon ist es gestern im 112. Infanterie-Regiment zu Unruhen gekommen. Ein Unteroffizier, der den Mannschaften verboten hatte, die Waidräume zu benutzen, wurde mit Steinen und Kläusen solange beworfen, bis er schwerverletzt zusammenbrach. Erst als der Hauptmann auf der Waidfläche erschien, konnte die Ruhe wiederhergestellt werden.

Die Reueinstimmung der französischen Arbeiter gegen die Rohilmachung und die Kriegsgefahr, die in der tiefen alten Pariser Demonstration zum Ausdruck kam, schlägt auf das ganze Land über. Auch in Lyon, Marseille, Lille, Brüssel, Le Havre, Toulon kam es zu gewaltigen Kundgebungen für die Revolution. Nunmehr scheinen auch die mobilisierten Truppen selbst von dieser großen Bewegung erfasst zu werden. Die „Humanité“ meldet, daß durch Reims viele Flügel mit Reservisten für das Ruhrgebiet kamen. Die Soldaten sangen die Internationale. Auch in Nancy langten ganze Bataillone der Internationale. In Versailles stimmten sie in Chören eines höheren Offiziers, der die Front abschritt, revolutionäre Gesänge an.

### Die Verschärfung des englischen Bergarbeiterstreiks

Wie die Blätter melden, hat das Kabinett den Beschluß der Transportarbeiter, den Bergleuten durch die Weigerung, von auswärtig kommende Kohle zu befördern, beizufügen, damit beantwortet, daß es die Zufuhr von Kohlenvorräten aus dem Ausland anordnet, um den vitalen Bedürfnissen des Landes entgegenzukommen, und daß es alle notwendigen Maßnahmen zur Verwirklichung dieser Kohle in Aussicht stellt.

„Evening News“ zufolge werden die großen Schiffsbau- und Maschinenwerke vonickers, in denen 15 000 Arbeiter beschäftigt sind, Ende der nächsten Woche schließen, wenn bis dahin keine Brennvorräte eintreffen.

(U.) London, 12. Mai.  
Das Kabinett ist gestern früh wieder zusammengetreten, um die Krise im Transportwesen zu besprechen. Lloyd George war auch anwesend.

Nach langer Sitzung hat die Hauptverwaltung des Bundes der Transportarbeiter beschlossen, das Verbot wegen der Beförderung von Steinkohlen zu verschärfen.

### Bergarbeiterstreik in Steiermark

Graz 11. Mai. Da die über die neuen Bohrforde-rungen der Arbeiter sämtlicher Kohlenbergwerke in Steiermark in den letzten Tagen in Wien geführten Verhandlungen gescheitert sind, werden die Arbeiter in allen steierischen Kohlenrevieren morgen früh in den Ausstand treten.

### Bestreitung der steiermärkischen Kommunisten

Wie das „Grazener Volksblatt“ meldet, wurden die verhafteten Kommunisten, die den Ueberfall auf den Landeshauptmann Kintelen übten, auf dem Transport von St. Lorenzen nach Graz in Kapfenberg von einer tausendköpfigen Arbeitermenge aus den Händen der Gendarmen befreit. Die Gendarmen wurden entwaffnet.

### Hafenstreik und Zusammenstöße in Argentinien

Anfolge des von der Arbeitervereinigung gefassten Entschlusses, die Hafenarbeiten durch nichtorganisierte Arbeiter ausführen zu lassen, hat die Regierung Truppen an Ort und Stelle schicken müssen, um einen Zusammenstoß mit den Gewerkschaftlern zu vermeiden. Die Arbeit ruht vollständig.



# Gewerkschaftliches

## Na unsere Parteigenossen im Bergarbeiter-Verband und der Freien Arbeiter-Union Österreichs!

Das Jochenkapital, seit langem bemüht, die Position, die ihr Euch in stürmischen Kämpfen erobert, zu gesichern, ist dem Ziel seiner Wünsche nahe, aber mehr noch, das Jochenkapital, das die Kraft seiner Wühlmaschinen in gewaltigen Streiks am empfindlichsten zu spüren bekam, das Jochenkapital ist heute von den deutschen Arbeitgebernverbänden beunruhigt, in der kapitalistischen Offensive, in dem Bestreben, die Wunden der Arbeiter allgemein abzuheilen, die Führung zu übernehmen.

In dieser Tatsache offenbart sich der oblique Charakter der Gewerkschaftsbürokratie und besonders der Bergarbeiter-Verbandes. Die Hue und Maie man sich über dem Kapital gegenüber nicht nur ohnmächtig, sie spielen sich immer offener als die Agenten der Grundbesitzer auf. Die letzten Wochen haben die Aufgaben dieser gewerkschaftlichen Führer in besonders greller Beleuchtung gesetzt.

Wir verstehen und begründen deshalb, daß immer größere Massen das verräterische Treiben der Gewerkschaftsbürokratie durchschauen und sich ihrem verderblichen Einflusse entziehen. In dem Maße, wie ihr Euch freimacht von der Bevormundung der Bürokratie, macht ihr Euch frei von dem Einfluß der Bourgeoisie, werdet ihr fähig, den Kampf zu führen gegen die Bourgeoisie und ihre Handlanger.

Wenn wir Euch diese Wahrheit sagen, müssen wir auch eine andere Wahrheit vor Euch aussprechen.

Die Geschäftsleitung der F.A.U. Österreich hat öffentlich erklärt, daß sie den Standpunkt der U.S.P.D. in der Gewerkschaftsfrage nicht teilt, daß sie die F.A.U. in der Partei nicht brechen aber auch die Revolution nicht schädigen wolle, und deshalb treten sie aus der U.S.P.D. aus. Die bisherigen Parteimitglieder Partels, Vogrubel, Will, Coronel, Herrmann, Wagner, Schreiber und Hammer erklären also mit dünnen Worten, daß die Zugehörigkeit zur U.S.P.D. eine schädliche Revolution in sich schließt.

Parteigenossen! Diese ungeheuerliche Behauptung, die sich direkt gegen die kommunistische Internationale und indirekt gegen den internationalen Rat der Hoch- und Industrieverbände richtet, hebt sich durch ihre Absurdität von selbst auf. Kein denkender Arbeiter kann glauben, daß die U.S.P.D., daß die dritte Internationale aus Liebe zur Gewerkschaftsbürokratie, aus Abneigung gegen die Unionen eine die Revolution schädigende Politik betreibt.

Genossen! Wir lehnen die Luxuspapole entschieden ab, nicht im Interesse der Gewerkschaftsbürokratie, sondern im Interesse der revolutionären Arbeiter, im Interesse der Revolution!

Aus arbeitgemeinschaftlichen Gründen ist die Gewerkschaftsbürokratie dafür, daß die Kommunisten aus den Gewerkschaften herausgehen, aus konterrevolutionären Gründen schließt die Gewerkschaftsbürokratie die Kommunisten aus und weil wir Kommunisten die konterrevolutionäre Gewerkschaftsbürokratie entwerfen und die Gewerkschaften auf die Bahn des Klassenkampfes drängen und der Revolution nähern wollen, treten wir der Arbeiterbewegung entgegen. Aus diesem Grunde sagen wir Klipp und Klar:

Wer als Kommunist einen Blah freiwillig verläßt, wo er für die Revolution wirken kann, der schädigt die Revolution, der begeht Fahndel!

Parteigenossen! Um Eureswillen, um der Revolution willen ruhen wir Euch zur Schart Euch im alten Bergarbeiter-Verband um die kommunistischen Fraktionen kümmert Euch nicht um die Drobungen der Verbandsbürokratie! Wir für die Interessen der Bergarbeiter! Sorgen dafür, daß der Bergarbeiter-Verband wieder wird zu einer Kampforganisation, für die Interessen der Arbeiter, gegen die Kapitalisten!

Und ihr Parteigenossen, die ihr Mitglieder der F.A.U. seid, erklärt eure kommunistische Politik! Bisher kommunistische Fraktionen, arbeitet mit den Parteigenossen im alten Bergarbeiter-Verband fähig, umarmen, besteht von einem Geist, von einem revolutionären Willen! Schet! Disziplin! Wirkt in beiden Organisationen so daß die nächste große Aktion der Bergarbeiter die konterrevolutionäre Gewerkschaftsbürokratie hinwegschwemmt und damit das größte Hindernis für das Zustandekommen einer großen revolutionären Organisation der Bergarbeiter aus dem Wege räumt!

Rieder mit der konterrevolutionären Bürokratie!  
Es lebe der revolutionäre Kampf!  
Wien, den 7. Mai 1921  
Reichsgewerkschaftszentrale der U.S.P.D.

## Die Philosophie des Streikbruchs

Der unabhängigen Presse ist es nicht möglich, einen Kampf der Arbeiter anders als durch die Brille der Amtsdamer Gewerkschaftsbürokraten zu betrachten. Die „Freiheit“ bringt in ihrer Morgenausg. v. 10. d. M. einen kurzen Artikel über den Kampf der englischen Arbeiter, den wir, um unsern Lesern die Erbarmlichkeit dieses Blattes zu zeigen, voll zum Ausdruck bringen. Er lautet:

Das Verlangen des Streikbruchs in England.  
Dieses traurige Ereignis des großen Streiks wird seine unglückliche moralische Wirkung für lange Zeit fühlbar machen. Wir müssen aber wohl sagen, daß es ein großes Unglück war, den Streikband zur Hilfe zu rufen, als daß viele Hilfe verweigert wurde. Was sollte der Transportstreik (an sich und ohne eine Revolution mit dem Ziel der Machtergreifung) erreicht haben? Drei Drittel der Transportarbeiter waren bereits wegen der Wirtschaftskrise arbeitslos. Wir leben in der Zeit der „Aktion“, welche für die Kohlenarbeiter Partei ergreifen hat, daß die Eisenbahnverwaltungen einen Streik sehr gern gesehen hätten, um einen Vorwand für die Entlassung eines Teils ihres Personals zu haben; angeblich seien bei den Eisenbahnen zwei Leute angeheilt. Für einen großen Streik ist ein Entschluß von schmerzhafter Reue notwendig auf Seiten der Arbeiter, um unumgängliches Erfordernis. Die Eisenbahner und Transportarbeiter hätten den Streik nur unwillig mitempfunden, in Reihen wirtschaftlicher Depression ist die Stimmung der Arbeiter erlahmungsreich auch gebrochen. Und der englische Arbeiter ist, wie bekannt, nicht revolutionär geworden.

Wir fragen: Gibt es noch eine schmerzlichere Verleugnung jeden revolutionären Kampfes von einer konterrevolutionären Partei? Die Zeitung als hier um Ausdruck kommt. Ein Glück ist es nach der „Freiheit“, wenn die Arbeiterföderation durch die Transportarbeiterführer mit den schädlichen Mitteln sabotiert wurde. Weiter ist nach der Redaktion der „Freiheit“ während der Wirtschaftskrise jeder Kampf zu vermeiden. Das kommt in die Verge, umgelegt darauf hinaus, daß die Arbeiterföderation überhaupt den Kampf aufgeben muß. Damit befehlen die U.S.P.D., daß sie genau wie die rechtsorientierte Verbandsbürokratie die Arbeiter von jedem ernsthaften Kampf abhalten wollen, weil sie befürchten, daß er sich zum Endkampf ausweiten könnte. Und davon haben sie Angst, sie haben Angst vor dem Sieg des Proletariats. Denn sie wissen und müssen wissen, daß es sich in England sowohl, wie in der ganzen kapitalistischen Welt, nicht um eine, sondern um die Krise des Kapitalismus überhaupt handelt, aus der er nie wieder heraustritt. Gerade weil in England die Arbeiterföderation so fürchterlichen Schaden angenommen hat, weil der kapitalistische Zerfall immer größerer wird über die Arbeiterföderation bringt, müssen die Arbeiter kämpfen, um dem furchtbaren Kapitalismus den Todesstoß zu verlegen, und damit einer sozialistischen Gesellschaft den Weg bahnen.

# Der Reichstag schaltet sich aus

Reichstagsitzung vom 12. Mai, 1 Uhr nachmittags

Die Stellung des Geschäftsordnungsausschusses zur Verurteilung unseres Genossen, des Abgeordneten Wendelin Thomas bedeutet die vollkommene Aufhebung der Immunität aller kommunalistischen Abgeordneten. Sollte der Geschäftsordnungsausschuss auch zur Strafverfolgung des Abgeordneten Thomas wegen Verleumdung, Unterschlagung und Mord (schwerfährlich die Verweigerung der Gerichtsbarkeit beantragen müssen, so sprach er sich doch gegen den Antrag Hoffmann (Komm.) aus, der die

sofortige Entlassung des Abgeordneten Thomas aus der Strafkast verlangte. Nach dem Bericht des Abg. Brodowski (Dem.) ging der Geschäftsordnungsausschuss von dem Grundsatze aus, daß die Immunität dann nicht mehr aufrecht erhalten werden könne, wenn der Angeklagte direkt zur Tat aufstiehe und sich nicht auf eine rein theoretische Ausführung beschränke. Diese Stellungnahme des Geschäftsordnungsausschusses zeigt unumwunden die Absicht zur Unterbindung jeder kommunalistischen Agitation.

Zur Abstimmung über den Antrag Hoffmann kam es aber nicht. Der Abg. bayerischer Staatsanwalt Emminger (Bayr. Volksp.), der in der Geschäftsordnungskommission den Abg. Thomas als einen Ausbund von Schlichtigkeit hinstellte und zu diesem Zwecke Ausgrabungen von Aussprüchen des Abg. Thomas machte, die dieser vor Jahren gemacht haben soll, wußte er sich eine Abfertigung des Gen. Geiger anzu, Herr Emminger, der nichts anderes ist, als ein kleines Streberpersönchen der Regierung, beschränkte die Befugnisse des Hauses, weil er sah, daß die Mehrheit des Hauses für den Antrag Hoffmann war. (Stärkliche Unterstützung der Kommunisten.)

Präsident Loebe stellt fest, daß das Haus beschlußfähig ist und beräumt die nächste Sitzung auf eine Viertelstunde später an. Der Antrag Hoffmann über den Fall Thomas wird von der Tagesordnung abgesetzt.

In der zweiten Sitzung wird nach dem Antrag des Rechtsausschusses der Antrag Müller-Franken (Soz.) betr.

Abänderung der Verordnungen über die Sondergerichte, ohne Debatte angenommen. Durch diese Abänderung wird an dem Wesen der Ausnahmegerichte selbst nicht das mindeste geändert. Richter und Geleg bleiben dieselben, nur am Verfahren werden einige kleine Verbesserungen eingebracht. Von den Sozialdemokraten war dieser Antrag nur ein Mandat, um den Arbeitern vorzutauschen, als ob sie etwas gegen die Ausnahmegerichte hätten. Durch die einstimmig angenommene Abänderung wird bestimmt, daß Juvenile unter 18 Jahren nur dann von Sondergerichten abgeurteilt werden, wenn sie wegen einer Straftat, die mit der von Erwachsenen im Zusammenhang steht, angeklagt sind — was aber beinahe immer der Fall ist. Ferner, daß die Anklagefrist meistens drei Tage vor der Hauptverhandlung aufgestellt werden muß und daß von diesem Tage an der Verteidiger freien Zutritt zum Angeklagten hat, ebenso die Aktensicht. In

In England fanden die Dinge so, daß, wenn die Gewerkschafts- und Arbeiterpartei nicht aus Zeitigkeit den Generalstreik verhindert hätten, die Arbeiterföderation ihren endgültigen Sieg, wenn auch vielleicht nicht auf einem Schlag errungen hätte. Wer die Angst und die Nervosität der englischen Bourgeoisie verfolgte, kann über diese Tatsache gar nicht im Zweifel sein. Wenn die „Freiheit“ den englischen Transportarbeitern unterstellt, daß sie den Streik nur unwillig mitgemacht hätten, so beweisen die Meldungen der letzten Tage, daß trotz allen Bremsversuchen der Verbandsbürokratie die englischen Transportarbeiter, die an vielen Stellen den Transport ausländischer Rohle verweigerten, von einem herrlichen Kampfwillen befeuert sind.

Die englischen Arbeiter sind, wie bekannt, nicht revolutionär gesinnt,“ sagt die „Freiheit“ und zeigt damit, daß sie nicht fähig ist, aus den jetzigen Gegebenheiten in England zu lernen. Gewiß steht ein großer Teil der englischen Arbeiter noch unter dem Einfluß der konterrevolutionären Trade-Union-Führer. Aber die Revolutionierung der Arbeiterföderation schreitet mit Riesenschritten voran. Doch selbst der konterrevolutionäre englische Arbeiter ist hundertmal revolutionärer als die „Freiheit“, die immer wieder zeigt, daß sie trotz aller Phrasen im gegenrevolutionären Lager steht.

## Reichskonferenz für das graphische Gewerbe

Da drei Genossen aus den deutschen graphischen Verbänden Anfang Mai nach Moskau zum Verbandstag des russischen Graphischen Industrieverbandes reisen sollten und wir die Absicht hatten, diesen Genossen eine Berichtserstattung auf der Reichskonferenz für das graphische Gewerbe zu ermöglichen, wurde die Reichskonferenz, ursprünglich auf den 15. Mai einberufen — siehe Nr. 14 des „Kommunistischen Gewerkschafters“ — nunmehr auf Sonntag, den 29. Mai 1921, verlegt. Leider haben die drei Genossen wegen behördlicher Schwierigkeiten nicht nach Rußland gelangen können. Wir sind aber nunmehr gezwungen, wegen der bereits getroffenen organisatorischen Maßnahmen an dem neuen Termin festzuhalten. Den schwächeren örtlichen Fraktionen, die bisher noch nicht auf unseren Aufruf zur Konferenz geantwortet haben, entsteht nunmehr nochmals Zeit und Möglichkeit, sich doch noch zu beteiligen. Anfragen und Meldungen erwarten wir umgehend an die Adresse: Heinrich Raitzahn, Nr. d. R. C. 54, Rosenthaler Str. 22. Legitimationen und Angaben über Ort und Zeit der Tagung werden den Genossen auf ihre Meldung zugewandt. Finanziell schwache örtliche Fraktionen können in beschränktem Maße aus Mitteln der Zentrale unterstützt werden. Reichsgewerkschaftszentrale der U.S.P.D.

# Wirtschaftliches

## Anti Dumping und Ultimatum

Zur gleichen Zeit, da der deutsche Reichstag sich für die Annahme des Londoner Ultimatums entschieden hat, fand im englischen Unterhaus die Beratung des Anti-Dumping-Gesetzes statt. Das Ultimatum macht die Zahlungsfähigkeit Deutschlands von der Höhe eines Zinsfußes abhängig. Zur gleichen Zeit, da man in Deutschland über die Annahme oder Ablehnung des Ultimatums verhandelt, verhandelt man in England über die besten Methoden, die deutsche Güter nach England einzuführen, also Deutschland der Möglichkeit zu berauben, seinen im Minimum notwendigen Verpflichtungen nachzukommen. Allerdings ist die Bekämpfung der deutschen Konkurrenz nicht erst aus dem Anti-Dumping-Gesetz im Unterhaus zu erwarten, sie ist vielmehr bereits im Ultimatum selbst enthalten, und zwar in der Forderung einer Ausfuhrsteuer von 25 Prozent auf der Verzinsung der ursprünglichen als Teil der Einleitung des Exportes. Die

Bezug auf den Umfang der Beweisaufnahme hat das Gericht nicht mehr freies Spiel, sondern sämtliche vorgeladenen Zeugen und Sachverständigen müssen vorher und sonstiger zur Stelle gebrachten Beweismittel müssen geprüft werden; dann ist bestimmt worden, daß in allen Sachen, welche im ordentlichen Verfahren vor die Schwurgerichte oder das Reichsgericht kommen, von Amts wegen ein Verteidiger gestellt werden muß. Selbstverständlich beharren wir weiter auf der Forderung: Aufhebung sämtlicher Ausnahmegerichte.

Das neue Gebührengesetz für die Auslandsbehörden, der Gegenwurf über die Regelung des Verkehrs mit Getreide werden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen. Angenommen wird ein Antrag, die Reichsregierung zu ersuchen, schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, so daß noch im Laufe des Frühjahrs eine Gesetzesvorlage betreffend Aussetzung der Leistungen in der Wochenhilfe erfolgt. Bei der Beratung eines Gesetzes über eine erhöhte Anrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit der Beamten bezog sich Abg. Hoffmann (Komm.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. Die nächste Sitzung wird auf einige Minuten später angelegt.

In der dritten Sitzung werden zahlreiche Vorschläge ohne Aussprache erledigt.

Präsident Loebe schlägt darauf vor, die

nächste Sitzung erst für den 31. Mai festzusetzen und nur dem Präsidenten die Ermächtigung zu erteilen, falls die politische Lage es erfordere, eine Sitzung vorher einzuberufen.

Abg. Hoffmann (Komm.) verlangt, daß angesichts der katastrophalen Lage der Reichstag auch in den nächsten Tagen beisammen bleibe, was die Rechte mit kindlichem Eifer beantwortet. Der Reichstag sollte zum mindesten nicht auseinandergehen, bevor die Regierung ihm nicht ihr Programm vorgelegt hat. Für die nächste Tagesordnung beantragt er als ersten Punkt den Antrag Setkin-Barz und Genossen auf Amnestie, Aufhebung des Ausnahmezustandes, der Ausnahmegerichte usw., als zweiten Punkt Entgegennahme der Regierungserklärung, Leducour (U.S.P.) schließt sich diesem Antrage an und verlangt noch den Antrag über die Erwerbslosenfrage auf die Tagesordnung zu setzen. Schulz-Bromberg (D. Nat.) erkennt die katastrophale Lage an, verlangt aber in vollem Widerspruch dazu nur Einberufung der nächsten Sitzung für den 24. Mai. Nach einer Debatte wird der Antrag Hoffmann auf Einberufung der Sitzung für morgen abgelehnt, der Vorschlag des Präsidenten Loebe angenommen. Die Anträge, die von uns geforderten Punkte auf die Tagesordnung zu setzen, werden ebenfalls abgelehnt. Bei der Abstimmung über den Antrag, in der nächsten Sitzung die Regierungserklärung entgegenzunehmen, stimmen die Sozialdemokraten mit den anderen Regierungsparteien, soweit sie sich nicht der Stimme enthalten, dagegen, nur der sozialdemokratische Präsident Loebe ist für diesen Antrag. Die Abstimmung ergibt 131 Stimmen für den Antrag Hoffmann, 30 dagegen, da das Haus nicht beschlußfähig ist, bleibt es beim Vorschlag Loebe. Das Haus schaltet sich also trotz der katastrophalen Lage voraussichtlich bis 31. Mai aus.

abgabe. Zu dieser soll also noch ein weiterer Zollzuschlag hinzutreten, über den jetzt im englischen Unterhaus beraten wird, und den Lloyd George aus eifrigste propagiert.

Paris, den 10. Mai. Nach einer Havasmeldung aus London legte das Unterhaus heute die Beratung über die von dem Präsidenten des Handelsamts vorgeschlagenen Maßnahmen gegen das Dumping fort. Asquith erklärte, der Schutz der englischen Industrie sollte auf die Gewährung staatlicher Beihilfe beschränkt werden. Ein Schutzoll sei zu vermeiden. Einfuhr ausländischer Ware bedeute keine Gefahr für den englischen Handel. Die völlige Freiheit des Handels sei das beste Mittel, um den internationalen Weltmarkt wieder in Ordnung zu bringen. Lloyd George erwiderte, der Gelektentwurf sei die natürliche Folge der in Paris getroffenen Beschlüsse. Laufende von Erfindungen seien während des Krieges geübt worden, weil die Hauptindustrien des Landes ohne Schutz gewesen seien. Wenn Deutschland z. B. keine chemischen Fabriken gehabt hätte, wäre der Krieg zwei Jahre früher beendet gewesen. Man müsse ein kurzes Gedächtnis haben, wenn man vergesse, daß z. B. bei Beginn des Krieges England keine Magnesium für seine Fahrzeuge hatte. Noch einmal dürfe man ein solches Mißtrauen nicht taufen. Die Erhebung von Zöllen sei das beste Mittel gegen das Dumping. Die Erhaltung der englischen Hauptindustrien durch ausländische Produkte könne man doch nicht als Freihandel bezeichnen. Was die Wiederherstellung der Weltmarkt betreffe, so sagte Lloyd George nach dem Harastet: Wir haben den Beweis, daß Deutschland diese Wiederherstellung notwendig verhindern will. (1) Wir bringen das Gesetz ein, um diesem Zustand ein Ende zu machen.

Zuch die französische Regierung ist dabei, hohe Schutzollmauern gegen die deutsche Konkurrenz zu errichten. Die Einigung der Absatzmärkte muß naturgemäß zur Verjähmung der deutschen Dumpingkonkurrenz führen. Die deutsche Konkurrenz in den Ententeländern selbst zum Stillstand gebracht, muß dem Entente-kapitalismus auf den ausländischen Absatzmärkten um so bedrohlicher gegenüberstehen. Das Uebel, das mit dem Anti-Dumpinggesetz bekämpft werden soll, wird also nicht kleiner, sondern, im Gegenteil größer.

Schon jetzt, noch bevor das Ultimatum in Kraft getreten ist, stellt sich die Unmöglichkeit seiner Erfüllung heraus, es zeigt sich, daß jede Verständigung auf kapitalistischer Grundlage nur vorübergehend sein kann, und anstatt die Konflikte zu lösen, die Quelle verschärfter Konflikte sein muß.

(M.T.B.) London, 11. Mai.

Das Unterhaus hat mit 236 gegen 72 Stimmen die erste der Entschlüsse betreffend den Schutz der Schlüsselindustrien angenommen, nämlich die Entschlüsse, die auf gewisse Einfuhrwaren Zölle und Abgaben von 33 Prozent des Wertes legt. Das Unterhaus ging darauf zur Besprechung der zweiten Entschlüsse über, die sich mit dem Dumping und mit der Einfuhr aus Ländern mit niedriger Valuta beschäftigt.

## Stinnes schließt auch die Heberei-entscheidungen

Die „Deutsche Wlt. Zeitung“ vom 9. Mai bringt eine Notiz über Schiffbau und Großindustrie, die auf die Verurteilungsbewegung, die in letzter Zeit zwischen den Schiffswerften und den Konzernern der Schwerindustrie heraufgezogen haben, ein besonderes Licht wirft. Nachdem in dieser Notiz über die Notwendigkeit einer festen Abhängigkeit für die Eisen- und Stahlindustrie gesprochen wird, heißt es:

„Als größter und nach der Lage der Verhältnisse auch dauernder Abschmer konnte nur die Heberei in Frage kommen, die, nachdem der Vertrag von Versailles sie ihres Hauptantriebs beraubt hatte, am Wiederaufbau ihrer Flotte herantreten mußte, wenn sie überhaupt noch auf eine Wiederaufbauung Wert legte.“

Weiter heißt es dann noch, daß die Werftindustrie für die nächsten Jahre mit Aufträgen für den Wiederaufbau der Handelsflotte versehen ist. Diese Aufträge nun will sich die Eisenindustrie durch eine Verurteilung sichern. Wenn auch die „D. W. Z.“ darüber nichts schreibt, so ist es doch bekannt, wodurch die umfassenden Aufträge bei den Werften herrschen. Es sind die 15 Milliarden Heberei-Aufträge, die den Herren Stinnes die Aussicht auf einen jeden Profit gibt. Die Heberei-Abfindung fließt also auf diese Weise in die Tasche der unerschöpfungsbedürftigen Schwerindustrie.



Leitsätze zur Taktik der Kommunistischen Internationale während der Revolution

Uebergangsperiode, Teilforderungen, Teilaktion und revolutionärer Endkampf

(Zu Punkt 3 der Tagesordnung des 3. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale)

In den wichtigsten europäischen Ländern ist die kommunistische Bewegung an einer Uebergangsperiode von besonderem Charakter angelangt. Diese Uebergangsperiode ist dadurch gekennzeichnet, daß die kommunistische Bewegung das Stadium der losen Richtungen und Gruppen innerhalb der sozialistischen Parteien überschritten hat und getragen wird von mehr oder weniger starken und selbständigen kommunistischen Parteien, die aber noch nirgends die kommunistischen Parteien der unabhängigen Führung der Mehrheit der Arbeiterklasse innehaben. Diese Uebergangsperiode hat ihre besonderen taktischen Erfordernisse. Die Taktik dieser Uebergangsperiode ist bestimmt durch die allgemeinen Bedingungen und Tendenzen des Kapitalismus wie der Arbeiterbewegung im jetzigen Stadium.

Die allgemeinen Bedingungen und Tendenzen des Kapitalismus sind gekennzeichnet durch folgende Erscheinungen: Fortschreitender Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft, fortschreitende Herabdrückung der Arbeiterklasse unter ihre überkommene Lebenshaltung, Anskuelen der Arbeiterarmeen, Misshandlung der verschiedenen Schichten der Arbeiter und Angestellten.

Diese Periode fortwährenden Zerfalls der kapitalistischen Wirtschaft erzeugt auf Seiten der Bourgeoisie die Tendenz, sich zu retten auf Kosten der arbeitenden Massen, durch immer tiefere Herabdrückung, Ausbeutung und Belastung der Arbeiterschaft. Immer breitere Schichten der Arbeiterschaft werden unter das Existenzminimum herabgedrückt, pauperisiert und müssen auf Kosten des Staates unproduktiv erhalten werden.

Wachsende mit dem beherrschten Druck des Kapitals auf die Arbeiterklasse, um auf sie alle Lasten des Zerfalls abzuwälzen, wirkt auf die Arbeiterklasse der Mechanismus des kapitalistischen Systems in derselben Richtung: die Gebelnerwertung, die rasch fortschreitende Kapitalkonzentration, die Handels- und Kreditkrise, der Niedergang der Lebensmittelproduktion usw.

Die Erschuffung der Arbeiterklasse als Arbeiterklasse wird im steigendem Maße unerruglich mit dem Weiterbestand der kapitalistischen Wirtschaft. In dieser Periode sind Zerwange der Arbeiterklasse, auch nur ihre Erschuffung als Lohnarbeiter aufrechtzuerhalten, sich ein Existenzminimum zu sichern, immer nur von voruberehendem und nur teilweisem Erfolg: Im Ganzen und auf die Dauer müssen solche Zerwange sich gegen die Grundtendenz der Arbeiterklasse selbst wenden, zu hebeln revolutionärer Massenbewegungen werden (Bergarbeiterstreik in England, Landarbeiterstreik in der Schweiz, Eisenbahnerstreik in Polen usw.).

Dieser Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft ist kein geradlinig fortschreitender und kein nur wirtschaftlicher Prozeß.

1. Rein ökonomisch werden auch im Zerfall des Kapitalismus die Bewegungsgeschichte weiter, die bald ein rascheres, bald ein langsames Tempo des Zerfalls bedingen. Zyklenkonjunktur und offene Krisen lösen sich ab. Vor allem aber greift in diesem ökonomischen Zerfall Prozeß die politische Macht der kapitalistischen Staaten ein mit Verwunden, die gewaltig an zunehmen.

Die Sieger im Weltkrieg suchten sich zu retten auf Kosten der unterliegenden kapitalistischen Mächten. Drei Methoden sind dabei wirksam. Die erste besteht darin, das die besiegte Bourgeoisie in die Rolle des Zwischenschlichters für den Sieger herabgedrückt wird, das sie die verstärkte Ausbeutung der Arbeiter im Auftrage des Siegers übernimmt und einen Teil ihres Profits an den Sieger abführt. Diese Kapitalistenklassen haben daher das Vertrauen, ihren Profit entsprechend zu steigern, um sich den überkommenen Grund der Ausbeutung der Arbeiter zu sichern. Daraus ergibt sich eine so gewaltige Steigerung der Ausbeutung, das sie die nackte Existenz der Arbeiter bedroht und machende Massen der Arbeiterklasse überantwortet.

Die andere Methode besteht darin, das die Sieger die Kapitalistensystem der Besiegten ganz oder teilweise annehmen, z. B. Konzessionen annehmen und mit ihnen Grundbesitz, Bergwerke, Fabriken usw. kaufen.

Die dritte Methode ist die direkte Beteiligung am Industrie- und Finanzkapital der besiegten Länder.

Diese drei Methoden schließen sich nicht aus, sie ergänzen sich vielmehr.

Weiter sind die überkommenen Methoden der imperialistischen Ausbeutung wirksam, der politischen Herrschaft und der wirtschaftlichen Ausbeutung nichtkapitalistischer Schichten unter Reglerleiherung der Sozialisten, der Betrugung, der Gefahr des neuen imperialistischen Weltkrieges.

Der deutsch-englische Gegensatz, aus dem der Weltkrieg 1914-18 entsprang, wird ersetzt durch den englisch-amerikanischen Gegensatz, der das Verhältnis der imperialistischen Macht in steigendem Maße verändert.

Der dritte Faktor, der in dem kapitalistischen Element der Gewalttamkeit, der politischen und militärischen, wirkt, ist die kapitalistische Abwehr gegen Sowjetrußland.

Die Abwehr Sowjettlands ständig zwischen den beiden Polen, einen friedlichen Modus vivendi mit dem proletarischen Weltneinlichen zu finden, an dem die Waffengewalt von außen abgepraft ist, und dessen Zweck als Abwehrmarkt (Rohstoff- und Lebensmittelquelle) die Krise in Westeuropa verscharf, und der gewalttamsten Niederwerfung dieses Staates, der durch sein bloßes Dasein eine ständige Sturzungsquelle revolutionärer Kraft für das Proletariat Westeuropas und für die unterdrückten Bauernmassen des Ostens ist. Alle diese allgemeinen Tendenzen greifen ständig ineinander, durchkreuzen und verstärken wechselseitig.

Die allgemeine Wirkung ist die gegenwärtige Periode des kapitalistischen Zerfalls, ist gekennzeichnet durch völlige politische Unsicherheit, durch eine nicht abbrechende Kette politischer Krisen und Katastrophen. Hervorgegangen aus dem Bestreben, den wirtschaftlichen Zerfall aufzuhalten, sind die wirtschaftlichen Kräfte seiner Verfestigung — die kommenden Faktoren des wirtschaftlichen Zerfalls sind jedoch und voruberehend; ebensolich im Innern des kapitalistischen Staates oder schaffen sie die Möglichkeit sprunghafter Ausbrüche revolutionärer Massenereignisse.

Die Taktik der Kommunistischen Internationale während dieser Uebergangsperiode muß daher eingestellt sein sowohl auf die Ausnutzung des chronischen kapitalistischen Zerfalls als auf die Sprunghafte politische Krisen, die in jedem Augenblick einleiten können.

Die allgemeinen Bedingungen der europäischen Arbeiterbewegung sind heute fast durchweg die Einparnung des ausfallenden Teils des Proletariats im feilen Organisationsrahmen: die rechtssozialistischen, die zentralistischen und die kommunistischen Parteien einerseits, die Gewerkschaften andererseits. Dadurch wird das Moment der spontanen Massenaktion eingeschränkt zugunsten der organisierten und zentralistischen Massenaktion.

Im selben Maße, wie sich die Sammlung und Zentralisierung der revolutionären Kräfte in und durch die kommunistischen Parteien vollzieht, vollzieht sich auf der anderen Seite die Zulammenfassung der konterrevolutionären Elemente im Arbeiterlager, der rechtssozialistischen und zentralistischen Parteien und ihrer engeren Zusammenschluß mit der burglichen Konterrevolution der Parteien der 2. und 3. Internationale. Der überwiegende Boden dieser Annäherung sind die Gewerkschaften.

In dieser Uebergangsperiode ist überall in Mittel- und Westeuropa die Postrennung der Arbeiterkraft von den rechtssozialistischen und zentralistischen Parteien und die Eroberung der Gewerkschaften unter kommunistischer Führung zum Kernproblem der Gewinnung der Führung des Proletariats geworden. Die Voraussetzung für die Führung der Mehrheit des Proletariats ist aber nicht unbedingt die zahlenmäßige Mehrheit der Kommunisten in den Gewerkschaften, sondern die Gewinnung des aktiven Teils, der imstande ist, die Führung zu übernehmen.

Das entscheidende taktische Mittel, um in der Uebergangsperiode die Arbeiterkraft von den rechtssozialistischen und zentralistischen Fuhrerelementen loszulösen, ist, das die kommunistischen Parteien mit der größten Aktivität und Bahigkeit den Kampf gegen das Zerfallen der Arbeiter in Rot und Gelb aufzunehmen, in diesen Kampf die breiten Massen hineinzuziehen, um sie von ihren rechtssozialistischen und zentralistischen Führern und Illusionen loszulösen. Die Propaganda und der Kampf um solche Teilforderungen, die bereits der besonderen Lage der Arbeiterklasse entsprechen, sind der Hebel revolutionärer Massenbewegungen.

Diese Kämpfe für Teilforderungen müssen ausgenutzt werden zur Propaganda der kommunistischen Endforderungen und zur Verhütung der Illusion der Arbeiterkraft, als ob im kapitalistischen Zerfall eine dauernde Befreiung möglich sei.

Die Kommunisten haben insbesondere die Aufgabe, diese Kämpfe über den lokalen oder provinziellen Rahmen hinauszu führen, sie möglichst zu verbreitern und zu verscharf.

Insbesondere gilt es für die Kommunisten, auch die Arbeiterklassen in Aktionen zu führen, die verhindern, das sie völlig verelendet und entwertet werden, und die Schranke niederzureien, die Arbeitende und Arbeiterklasse trennt.

Die Kommunisten haben in alle proletarischen Massenbewegungen hineinzugehen mit dem Ziel, sie so weit als möglich zu leigern und die Führung zu übernehmen. Die Anfangsperioden von Teilaktionen müssen anknüpfen an das Bestehende der in Bewegung zu setzenden oder in Bewegung befindlichen Massen und an die gegebene Situation. Mit dem Anwachsen des Kampfes nach Umfang und Energie sind die Kampfaktionen zu steigern.

Umgekehrt müssen kommunistische Parteien auf verfechten, weillichen Ländern werden auch heute in den Brennpunkt der Gesichtsgeleuert. Revolution, das sind nicht nur Reden im Parlament oder Straentampfe und Barrikaden. Revolution, d. h. Verpfichtung, schwerste und heiligste Pflicht der Solidarität, und endliche Einlösung der wilden Reden und über die Einlösung hinaus gesteigertes Schopferum.

Katowki — wortgewaltig und leidenschaftlich wie Danton — wendet sich immer noch im braunen Ruffentittel auf französisch an die teuren Gäste und entrollt vor ihnen das grandiose Gemälde der Arbeiter- und Bauernrevolution. Dieses Gemälde ist geschrieben auf einer Landschaft mit sechzig Millionen. Städte liegen in die Luft, Aufständische werden erschossen, die Gefangnisse und Zuchthuser sind berfullt, Juden werden hingerichtet. Kommunisten gehängt, die Bluthunde des Kapitalismus springen an die Kehle der Arbeiter- und Bauernrepublik. Der Leib der Ukraine ist mit tausend Wunden bedeckt, und immer noch werden im Westen die Waffen für neue Wunden geschmiedet. Immer noch zielen die weiliichen Demotraten nach dem Herzen der Weltrevolution, immer noch müssen die Bauern die Pflege und die Arbeiter die Hämmer lassen und an die Fronten gehen und sich verteidigen. Immer noch blockieren französische Kreuzer Odesse, immer noch tragen die Geschäfte an der politischen Front mit französischer, deutscher und englischer Munition. Immer noch und immer noch — wie lange sollen wir standhalten und bluten? — Katowki peifst und liebt. Hohnt und ist voller Gläubigkeit. Und die teuren Gäste sind von Scham gefoltert. Denn die Schiffe der Konterrevolution sind auch nach ihrem Herzen und den Herzen ihrer weiliichen Genossen gezielt. Deutschland hat seinen Koste und Frankreich seinen Clemenceau, England hat Lloyd George, und das sind die Bakterien oder Blutsauger, die in diese russische Landschaft mit blutigen Stiefeln gestampft sind.

Unsere Scham und Blubheit zerbrocht im brausenden Gesang der Internationale, der die unterdrückten und die herrschenden Proletarier tonend vereinigt. Nach diesem heiligen Lied hebt sich nach der Tribüne eine Bauerndelegation, die uns nach, alter, heiliger, russischer Sitte Brot und Salz bringt, den Weg. Bauern aus den Dorfem, die viele Stunden gewandert sind durch die schwarze fruchtbare Erde in die Stadt Charkow, ihre Brüder aus Italien und Frankreich und Deutschland zu sehen. Ein alter Bauer im russischen Hemd, glattrasiert mit kuhnem Gesicht, führt diesen Trupp

wenn die Aktionen in ihrer Entfaltung gebremst werden, die Hoffungen einschränken und gegebenenfalls den Kampf offen abzugeben und die Waffen geschlossen aus dem Kampf zu führen.

Die Kommunisten, indem sie enge Verbindung mit den Arbeitermassen halten, sich aller ihrer Kräfte aktiv annehmen, können aber ihre Aktionen nicht in jedem Falle nach den partideckelnden und passivsten Teilen der Arbeiterkraft richten. Sie können sich nicht auf die bloße Propaganda beschränken, bis zu dem Zeitpunkt, wo diese Kräfte von selbst in Bewegung geraten.

Sie müssen in zugelegten Situationen, wo wichtige Interessen des Proletariats bedroht sind, den Massen einen Schritt vorausgehen und versuchen, sie durch ihre Initiative in den Kampf zu führen, auch auf die Gefahr hin, nur Teile der Arbeiterkraft mit sich zu reißen. Niemand sollen errungene wichtige Positionen ohne Kampf aufgegeben werden.

Der Gang der Revolution in der Uebergangsperiode ist nicht so, das die Arbeiterklasse Schritt für Schritt in gradlinigem Fortschreiten der Bourgeoisie eine Kampfposition um die andere entreißen kann. Auch der Gegner, die Konterrevolution, hat Initiative. Jede Aktion, die nicht zum vollen Ziel der Massenbewegung führt, erlaubt dem Gegner, sich fester zu verlagern, neue Kräfte zu gewinnen, bedroht stärker als zuvor die bereits errungenen Positionen. Jedes Zurucken der Arbeiterkraft in Passivität wird abgelöst durch die Aktivität der Konterrevolution.

Darum ist es ein taktisches Hauptgee für die Revolution, aus der Defensive in die Offensive überzugehen und die Aktivität der Arbeiterkraft ständig lebendig zu erhalten.

Der Generalausbruch ist erst das Endglied von Massenaktionen, die zur Eroberung der Macht führen. Teilaktionen, bewaffnete Teilaktionen können notwendig werden an vorgegebenen Punkten und in zugelegten Situationen. Werden solche Teilaktionen spontan aus, so ist es Pflicht der kommunistischen Parteien, die Führung zu übernehmen, diese Kämpfe offensiv, beweglich und möglichst breit zu führen und die politischen Ziele der Kräfte entsprechend ihrer Verfestigung und Ausbreitung zu erweitern.

Eingelassene der Gewalt sind in der Uebergangsperiode zmedmaig als notwendige Bestandteil militärischer Aktionen. Sie sind zu vermeiden als Mittel, die die Massenaktionen erregen oder hervorbringen sollen.

Während der Aktionen haben kommunistische Parteien die Pflicht, bei aktiver oder passiver Sabotage einzelner Mitarbeiter oder Führer alle Maßregeln zur Durchführung der Kräfte in Kampfbereitschaft zu treffen.

Es ist Pflicht der kommunistischen Parteien, im Kampfe stehende Arbeiterparteien durch eigene, der Situation in ihrem Lande angepaßte Mittel (Propaganda, Demonstrationen, Aktionen) zu unterstützen.

Die Wargaktion der WRPD war, trotz aller Unzulänglichkeiten und Fehler, der erste Versuch, mit der Vergangenheit zu brechen und aus eigener Kraft aktiv in den Gang der Revolution einzugreifen, um sie zu beschleunigen und dadurch die Führung der Massen zu gewinnen.

Organisatorischer Aufbau der Kommunistischen Internationale und ihre Beziehungen zu den angeschlossenen Parteien

(Zu Punkt 6 der Tagesordnung des Moskauer Kongresses.) Die Zentrale der WRPD, hält an der Auffassung fest, die von ihrer Vertretung auf dem 2. Moskauer Kongreß zum Ausdruck gebracht wurde, das der Sitz des Exekutivkomitees des Proletariats sein muß, die Hauptstadt des ersten proletarischen Staates. Aber die Zentrale der WRPD, kann nicht umhin, festzustellen, das sich Schwierigkeiten für die wirkliche Leitung der kommunistischen Internationale durch die Exekutive ergeben aus dem Gemisshen der Verbindung mit Moskau und aus den Unterschieden, die zwischen den Aufgaben der kommunistischen Partei eines jugoslawischen Proletariats und den Aufgaben der kommunistischen Parteien in den Ländern bestehen, wo erst um die Diktatur des Proletariats gekämpft wird. Zur Überwindung oder Milderung dieser Schwierigkeiten schlagt die Zentrale dem Exekutivkomitee und dem Kongreß vor:

1. Die Erhöhung der Zahl der Vertreter der Parteien in der Exekutive, die über 100000 (einhunderttausend) Mitglieder zählen.

2. Die Entsendung nach Westeuropa und Amerika von vier Mitgliedern der Exekutive, von denen wenigstens zwei der russischen kommunistischen Partei angehören. Diese Vertreter hatzen zur Aufgabe, das Exekutivkomitee mit den besonderen Bedingungen bekanntzumachen, unter denen die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder zu kämpfen haben und dafür zu sorgen, das diese Parteien in der engsten, intimsten Verbindung mit der Exekutive verbleiben.

3. Die Exekutive soll in Westeuropa eine in allen wichtigsten Sprachen erscheinende Zeitungs-Korrespondenz herausgeben, die die einzelnen Parteien über und schneller miteinander verbinden kann, als dies das Organ der Exekutive zu tun imstande ist: die in Moskau erscheinende „Kommunistische Internationale“.

Die Exekutive muß dafür Sorge tragen, das der Verkehr zwischen ihr und den einzelnen kommunistischen Parteien immer schneller vor sich geht, als bisher, so das die einzelnen kommunistischen Parteien auf ihre Fragen und Anregungen eine prompte Antwort bekommen.

Vom roten Moskau bis zum Schwarzen Meer

Von Max Barthel

In der Reorganisation der Arbeit haben die Gewerkschaften die größte Aufgabe zu erfüllen. Die Gewerkschaften, die von den Kommunisten geführt werden, seien mit die stärksten Stützen des Arbeiter- und Bauernstaates. Die sozialistische Aufgabe der Sowjetmacht, die Naturalisation des Arbeiterlohnes wird durch sie durchgeführt. Auch die Wohnungsfrage wird durch die Gewerkschaften zum größten Teile gelöst. In die den Bourgeoisie entzogenen Wohnungen kommen durch Vermittlung der Gewerkschaften die Arbeiter. Es sei lonlich, aber man siehe auch heute noch bei den Arbeitern, gerade in der Wohnungsfrage, auf Widerstand. Die Wohnungen der Bourgeoisie liegen in der Mehrzahl so weit von den Fabriken und die Beforderungsfrage sei noch nicht gelöst. Aber der Widerstand der Arbeiter habe noch andere Grundlagen, z. B. die Propaganda der Weien, die auch heute noch nicht entgültig auf ihre Macht verzichtet haben, und die mit allen Mitteln, mit Einschucherung und Drohung und Lüge auf die Arbeiter einzumirken versuchen. Jeder Tag mehr, an dem die Sowjetmacht besteht, ist eine breitere Basis für die sozialistische Umgestaltung der Dinge. Jeder Tag mehr, an dem die Sowjetmacht besteht, brockt ein Stück von der manchmal noch burglichen Ideologie der Massen. In Charkow seien bis jetzt funftausend Arbeiterfamilien umgesiedelt, für siebzehntausend haben Wohnungen bereit. Die Beforderungsfrage werde so gelöst, das vom Stadtzentrum morgens und abends besondere Straßenbahnlinien die Verbindungen mit den Fabriken herstellten.

3. Kapitel: Ein Meeting.

Am selben Abend begrüßte Charkow im berfullten Theater die teuren Gäste. Links und rechts der Bühne wehen und fließen rote Fahnen. Ueber der Tribüne glüht ein Sowjetstern. Auch diese Massenversammlung wird mit der Internationale eröffnet, die entblossten hauptes von einigen tausend Männern und Frauen mitgetragen wird. Auf den Tischen stehen Blumen, Hochrufe auf die Weltrevolution donnern im Raum. Dann spricht Perowski, der Korshende des Rates der Volkstommissare. Die russischen Revolutionäre sind leidenschaftliche Redner und in ihren Reden bewegen sich die großen Gegenstände der Menschheit. Die Fabrikarbeiter und die Mechaniker, die Böder und die Hafenarbeiter aus den

(Fortsetzung folgt)



# Breslauer Nachrichten

Die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ schon wieder beschlagnahmt!

Wieder die erste Ausgabe unserer Zeitung, die wir nach kurzer Unterbrechung wieder herausbringen konnten, ist erneut der Beschlagnahme verfallen. Auch in dieser Nummer sollen die meisten Artikel zum Hochverrat aufreizen.

Genossen, das ist System! Die Reaktion, die ganz besonders hier bei der Breslauer Polizeibehörde ein sicheres und warmes Nützchen gefunden hat, ist systematisch zum Angriff gegen die kommunistische Presse übergegangen.

Die Reaktion arbeitet bereits so frech und offen, daß sie ihre Gewaltmaßnahmen nicht einmal mehr in das legale Mäntelchen der Formalität kleidet.

Sie verkleidet ganz einfach! Wieder mit der Reaktion und ihrer schamlosen Presseknüttelung!

## Genosse Kühl aus der Haft entlassen

Die vor acht Tagen erfolgte Verhaftung unseres Geschäftsführers, Genossen Kühl, war ein deutlicher Beweis dafür, daß sich hinter dem sogenannten legalen Vorgehen der Behörden die schwärzesten Absichten der Reaktion verbergen.

Wahrscheinlich völlig ungeheuerliche Methoden, einen Geschäftsführer für den politischen Inhalt einer Zeitung verantwortlich machen zu wollen, führen müssen, können sehr bald Zeitungsunternehmungen am eigenen Leibe zu fühlen bekommen, die sich heute noch immer über diese ungeheuerliche Maßnahme der Breslauer Polizei ausbreiten und kein Wort des Protestes finden.

Auf welchen können Füßen die von der Breslauer Polizei angeordnete Verhaftung unseres Geschäftsführers ruht, geht schon daraus hervor, daß selbst der Deutsche Studentenrat, der doch immerhin stark im Geruch der Reaktion steht, sich für die sofortige Haftentlassung unseres Genossen eingesetzt hat.

Genosse Kühl ist dann auch am Mittwoch mittag aus der Haft entlassen worden ohne Angabe eines Grundes, obwohl wir man auch keinerlei Grund bei seiner Verhaftung angegeben hat.

Da es sich ja bloß um Kommunisten handelt, brauchen die Regeln des demokratischen Anstandes nicht so besonders akkurat beachtet zu werden.

Trotzdem aber haben die Breslauer Arbeiter keine Lust länger ruhig zuzusehen, wie man mit ihren Mitmenschen Schändliches spielt und wie sich hier die Reaktion einerseits zum Angriff auf die proletarische Klasse.

Denn wir auch wissen, was wir von dieser demokratischen Herrlichkeit zu halten haben, würde es uns doch interessieren, einmal zu erfahren, was mit dem überlieferten Beamten geschieht, der unseren Geschäftsführer viele acht Tage lang der Arbeit beraubt hat. Hoffentlich brauchen wir nicht allzulange auf Antwort zu warten!

Und dann noch eine Frage:  
Ist Loh immer noch auf schulischem Boden?

Im Luna-Park in Wroclaw sind mehrere große Ausstellungen im Gange. Deren Sollenung noch diese Woche erfolgt. So hat ab Wroclaw ein erweitertes Betrieb mit neuem Programm auf der Tagesordnung sein wird. Die drei Reiter, die Teilnehmer am 16. März haben Trophäen, treten nur noch bis Sonntag, den 14. d. Mts. auf.

## Aus der Provinz

An alle Ortsgruppen!

Wir fordern wiederholt alle Genossen und Genossinnen auf, intensiver denn je die Sammlungen der „Roten Hilfe“ durchzuführen. Es ist Ehrenpflicht aller Arbeiter, ihre Brüder in den Zuchthäusern und ihre Familien zu unterstützen. Die Unterstützung verschlingt große Summen.

Um den Gefangenen Lebensmittel zu schicken, ist es notwendig, daß die Sammlung von Postmarken weiter durchzuführen ist. Dieselben sind zu schicken an: „Schlesische Arbeiter-Zeitung“, Breslau.

Arbeiter, gebt! Sergej: nicht Care Brüder!

Kundreise des Herrn Loh. Der Herr Breslauer Polizei, der in der politischen Abteilung angelegte Kriminalkommission, hat sich am 14. März in Leipzig auf die Provinz. Von den verschiedenen Ortsgruppen besitzen unsere Genossen über die Tätigkeit dieses Herrn.

Am vergangenen Dienstag ließ der Herr Kommissar in der Abteilung fünf Genossen in der Provinz verhaften. Auf der Polizeiwache wurden die Genossen aufgefordert, innerhalb 2 Stunden sämtliche von den Kommunisten vertriebenen Waffen herbeizubringen, andernfalls sie verhaftet würden. Da unsere Genossen wußten, daß sie keine Waffen haben konnten, Neben sie ruhig sitzen und hoffen. Die nicht helfen durch die bedauerliche Aushandlung des Herrn Loh. Es ist aber der Herr Kommissar in der Abteilung, daß unsere Genossen entlassen, nicht ohne ihren alle möglichen Androhungen zu machen.

Wir glauben uns die Frage, was der Herr Loh mit seinen Schwestern bei unseren Brüdern in der Provinz bewirkt. Hat er wieder die Aufgabe, den aus Bagern in Schlesien eingekerkerten Angehörigen des Material zu helfen. Ist der Herr Loh, daß die politische Arbeiterschaft gegen den noch immer bestehenden Krieg von Oberböhmen in den Reichsarmee ist?

Der Herr Loh ist außerordentlich schlau. Sonntags hat er die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ beschlagnahmt und

mittags den Loh bei unseren Genossen in der Provinz nach Wroclaw, nach Danzig usw. Wir werden uns durch den Loh Wroclaw in diesem Sinne nicht irren machen lassen, und der Loh wird bewachen, daß kein Koh und seinen Helfern die Kommunisten zeigen.

Waldenburg. Forderungsbewegung der Bergarbeiter. Die Verhandlung über die Lohnverhandlungen im Waldenburger Revier hin. Die Grubenbarone weigern sich hartnäckig, irgendwelche Lohnverhöhung zu bezahlen. Sie anerkennen nicht die Schiedsgerichte.

Die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes, die schon mehrere Male den Mund voll genommen hat, hat ihre Kampfschlachtfeld jedesmal im entscheidenden Moment in den Glaschrank gestellt. Nunmehr erklärt sie, daß auch für das Waldenburger Revier die Sache in ein entscheidendes Stadium treten werde. Am 15. Mai soll auf Anordnung des Reichsarbeitsministeriums ein neues Schiedsgericht zusammentreten.

## Genossen in der Provinz!

Wie uns von verschiedenen Seiten mitgeteilt wird, bereist der Breslauer Polizeikommissar

gegenwärtig die Provinz Schlesien.

Er sucht Material

an dem es ihm bis jetzt immer noch fehlt, um die unschuldigen Kommunisten, die er sich in der Breslauer Bastille eingesperrt hat, vor den Ausnahmegericht stellen zu können.

Er wird auch in der Provinz nichts finden, weil es ja nichts zu finden gibt.

Aber trotzdem warnen wir die Genossen vor den Ränken und Schlingen dieses Kommunistenjägers, der bereits ein halbes Hundert Kommunisten unschuldig in den Kerker gebracht hat!

Die Bezirkskommission des Bergarbeiterverbandes hat am 10. Mai folgenden Beschluß gefaßt:

1. Den Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes dringend zu empfehlen, die am obengenannten Tage stattfindenden Schlichtungsverhandlungen abzuwarten.
  2. Sollte auch da kein günstiges Resultat für die Bergarbeiter herauskommen, den Kampf sofort aufzunehmen.
- Wir fordern die Bergleute auf, sich besonders den zweiten Absatz gut zu merken und alle Kräfte anzuspannen, damit die Gewerkschaftsbürokraten nicht wieder im entscheidenden Moment von der allgemeinen Notlage der deutschen und besonders

Soeben erschienen:

# Lenin,

## Die auswärtige und innere Politik Sowjetrußlands

Preis 1,— Mk.

# J. Stepanow,

## Ueber ausländische Konzessionen

Preis 1,— Mk.

Zu beziehen durch:

### Kommunistische Bucherei

Breslau 8., Gräbischer Straße 45.

der schlesischen Industrie, die durch die Verhältnisse in Ober-Schlesien noch verschärft wird, vom Kampfe Abstand nimmt.

Die schwerarbeitenden Genossen müssen erkennen, daß sie sich nur von dem Gedanken leiten lassen müssen, wie sie ihre elende wirtschaftliche Lage verbessern können. Und sie müssen sie verbessern, wollen sie nicht nochmals verfallen in Armut und Barbarei.

## Gammelt für die Rote Hilfe

Verantw. Redakt.: B. Schölem, Berlin. Berl.: „Die Rote Fahne“, Berlin S 14. — Druck: Felix Wolf, G.m.b.H., Berlin S 14. —

**Stadtheater**  
Freitag 7 Uhr  
Der Rosenkavalier  
Sonnabend 7 Uhr  
Margarethe,  
Lobe-Theater.

Freitag und Sonnabend 7 Uhr  
Gastspiele Friedr. Kayssler und Helene Fehdmer  
Nach Damaskus I. Teil  
Sonntag und Montag 7 Uhr  
Gastspiele Friedr. Kayssler und Helene Fehdmer  
Nach Damaskus (I. Teil)  
Sonnt. u. Mont. 7 Uhr:  
Gastspiele Friedr. Kayssler und Helene Fehdmer.  
Nach Damaskus.  
(2. und 3. Teil.)

**Thalia Theater**  
Freit., Sonnab., Sonnt., Montag 7½  
Wie fehle ich meinen Mann.

**Schauspielhaus**  
Operettenbühne  
Tel. Ring 2545  
Sonnabend, Sonntag, Montag,  
Dienstag 7½ Uhr  
Die spanische Nachtigall  
Freitag 7½ Uhr  
Der letzte Walzer  
Sonntag nachm. 3½ Uhr  
Die Förster-Christel  
Montag nachm. 3½ Uhr  
Der fidele Bauer  
Mittwoch 7½ Uhr  
Die blaue Mazur

**Liebig-Theater**  
Täglich 7½ Uhr:  
Der große Erfolg des  
Mal-Programms.

**Meine Herrn!**  
Die Überfüllung meines Geschäftlokals der letzten Wochen sind der schlagende Beweis meiner  
**Leistungsfähigkeit.**  
Für diese Woche habe ich wieder einen großen Posten

# Anzüge

in Farbenpracht und Modellen, die Sie nur bei mir finden.  
Den angenehmen Ruf meiner Billigkeit baue ich weiter aus und verkaufe an jedermann nur  
**solange Vorrat reicht**  
Wilhelm Ed. Schubert  
Künstlersraße 43.

# Alt-Metalle

Immit Otto, Neßlerstraße 8.

**Nur noch heute!**  
6. und letzter Teil des großen Schiller's „Die Vampiere.“  
**1. und 2. Feiertag!**  
Der große Decla Abenteuer-Film. Eine spannende Verfolgung zu Wasser, zu Lande und in der Luft zeigt dieses „Drama in den Lüften“  
n. d. bek. Roman im Zeichen des Mal' ges.  
6 Akte voll Sensation u. Handlung.  
Ernst Lubitsch  
Deutschlands berühmtester Regisseur  
als „Sally im Schwanen-See“  
Die größte Leuchtpartie... 5. und 6. Akte.  
I. u. II. Feiertag Gr. Jugendvorstellung.

# Czerwony Sztandar

Organ kommunistycznej Partji  
G. Siaska  
Jedyny polski dziennik  
kommunistyczny w Europie  
Prenumerata miesieczna 5 Marek 35 wraz z oplata pocztowa

# Max Schönfelder Breslau, Albrechtsstr. 56

## Lebensmittel-Großhandlung und Kaffee-Rösterei.

empfehle als ganz besonders billig und preiswert:

### Bestes gekochtes Rindfleisch

ohne Knochen, Mk. 27<sup>00</sup>  
zu nur (Die Weißblechdose 5 Pl.)

Selbst für den kleinsten Haushalt ist dieses ganz vorzügliche Fleisch in der ganzen Dose zu empfehlen, da man dasselbe in der verschiedensten Zusammenstellung servieren kann wie z. B. als Rindfleisch mit Bouillon, Kartoffeln, Rindfleisch mit Reis, Rindfleisch mit Schnitzbohnen, Rindfleisch mit Nudeln, Rindfleisch mit Macaroni. Ferner zubereitet als Königsberger-Klops oder zubereitet als Schabebraten und delikater als kalter Aufschnitt usw.

Ferner bringe ich heute frisch aus der Räucherei zum Verkauf:

### Allerbesten dicken Rückenspeck

per Pfd. Mk. 10<sup>00</sup>  
Die er Speck eignet sich infolge seiner vorzüglichen Qualität auch zum Rohessen.

Es sei wiederholt darauf hingewiesen, daß eine ganz erhebliche Zollerhöhung auf Kaffee und Tee recht bald zu erwarten ist und empfehle von unserer nachstehenden Offerte reichlich Gebrauch zu machen.

### Röstkaffee

Volksmischung p. Pfd. Mk. 20.— Wiener Misch. p. Pfd. Mk. 23.—  
Breslauer „ „ „ „ 24.— Carlsbader „ „ „ 32.—  
Spezial „ „ „ „ 25.—

### Tee

Konsum-Mischung „ „ p. Pfd. Mk. 24.—  
Feinste Souchong- und  
Congo-Mischung „ „ „ 25.—  
Mischung non plus ultra „ „ „ 30.—

### Einige meiner heutigen sehr billigen Tagespreise:

Kaffee, Java 1a	p. Pfd. Mk. 7.00	Tafelkaffee	p. Pfd. Mk. 1.50
„ „ „ 2a	6.50	„ „ „ 1a	1.50
„ „ „ 3a	6.00	„ „ „ 2a	1.50
„ „ „ 4a	5.50	„ „ „ 3a	1.50
„ „ „ 5a	5.00	„ „ „ 4a	1.50
„ „ „ 6a	4.50	„ „ „ 5a	1.50
„ „ „ 7a	4.00	„ „ „ 6a	1.50
„ „ „ 8a	3.50	„ „ „ 7a	1.50
„ „ „ 9a	3.00	„ „ „ 8a	1.50
„ „ „ 10a	2.50	„ „ „ 9a	1.50
„ „ „ 11a	2.00	„ „ „ 10a	1.50
„ „ „ 12a	1.50	„ „ „ 11a	1.50
„ „ „ 13a	1.00	„ „ „ 12a	1.50
„ „ „ 14a	0.50	„ „ „ 13a	1.50
„ „ „ 15a	0.00	„ „ „ 14a	1.50

Verkauf und Versand nur A. Albrechtsstraße 56 — Filialen unterhalte ich nicht.